

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 8, April 1999

Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern

Tilo Görl

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 8, April 1999

Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern

Tilo Görl

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam

ISSN 1612-6602

INHALT

1. EINLEITUNG	1
2. STABILITÄT UND WANDEL REGIONALER PARTEISTÄRKEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN - ERGEBNISSE EINER AGGREGATDATENANALYSE	2
3. ERSTE DEUTUNGSANGEBOTE ZUR REGIONALISIERUNG DER POLITISCHEN LANDSCHAFT IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN.....	5
3.1 SITUATIVE EINSTELLUNGSMUSTER IN DEN LÄNDERN	5
3.1.1 Die Bewertung der Spitzenkandidaten	5
3.1.2 Issuekompetenz der Parteien	6
3.2 SOZIALSTRUKTURELLE DETERMINIERUNG DER REGIONALSPEZIFISCHEN ENTWICKLUNGEN	9
3.3 NORD-SÜD-GEFÄLLE IM WAHLVERHALTEN	15
4. DATENANALYSE.....	19
4.1 HYPOTHESEN	19
4.2 SPEZIFIKATION EINES ANALYSEMODELLS	19
4.4 PFADANALYTISCHE MODELLE	24
4.4.1 Modelle zur Erklärung der Wahl der CDU in den neuen Bundesländern	24
4.4.2 Modelle zur Erklärung der Wahl der SPD in den neuen Bundesländern	28
4.4.3 Modelle zur Erklärung der Wahl der PDS in den neuen Bundesländern	30
5. ZUSAMMENFASSUNG.....	36

1. Einleitung

Der föderative Aufbau der Bundesrepublik Deutschland begünstigt die Herausbildung regionaler politischer Traditionen. Die föderative Struktur bietet nicht nur den ausschließlich regional agierenden Parteien „Überlebensnischen“, sondern führt auch zu recht unterschiedlichen Erfolgchancen der überregionalen politischen Parteien.

Die vorliegende Arbeit geht den Regionalisierungstendenzen in der politischen Landschaft Ostdeutschlands nach. Ausgangspunkt der Arbeit ist die Beobachtung, daß die politischen Parteien in den neuen Ländern über differenzierte Erfolgchancen verfügen. So kann die CDU in Thüringen und Sachsen über 40% bzw. 50% der Wähler mobilisieren, während sie in den nördlichen Ländern, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und z.T. auch in Sachsen-Anhalt, über ein geringeres Wählerpotential verfügt. Die regionalen Erfolgchancen für SPD und PDS verteilen sich genau umgekehrt. Beide Parteien schneiden in den nördlichen Ländern tendenziell besser ab als in den Ländern der südlichen Peripherie. Die Konturen dieser neuen politischen Landschaft orientieren sich daher an einem markanten Nord-Süd-Gefälle. Dieses regionalspezifische Muster hatte sich bereits bei der Volkskammerwahl 1990 gezeigt und wurde durch die nachfolgenden Wahlen reproduziert. Die Extrempole dieser Entwicklung werden durch die Länder Brandenburg und Sachsen markiert. In Sachsen regiert die CDU unter Kurt Biedenkopf seit 1990 mit einer absoluten Mehrheit; in Brandenburg ist die SPD unter Manfred Stolpe seit 1994 auf keinen Koalitionspartner mehr angewiesen.

Tabelle 1.1: Landtagswahlergebnisse 1990 und 1994 in den neuen Ländern (in %)

Jahr	SPD		CDU		PDS		FDP		B90/GRÜ	
	1994	1990	1994	1990	1994	1990	1994	1990	1994	1990
<i>Brandenburg</i>	54,1	38,3	18,7	29,4	18,7	13,4	2,2	6,6	2,9	9,3
<i>Mecklenburg</i>	29,5	27	37,7	38,3	22,7	15,7	3,8	5,5	3,7	9,3
<i>Sachsen-Anhalt</i>	34	26	34,4	39	19,9	12	3,6	13,5	5,1	5,3
<i>Thüringen</i>	29,6	22,8	42,6	45,4	16,6	9,7	3,2	4,3	4,5	6,5
<i>Sachsen</i>	16,6	19,1	58,1	53,8	16,5	10,2	1,7	5,3	4,1	5,6

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Die Regionalisierung der politischen Landschaft in den neuen Ländern soll zunächst mittels einfacher varianz- und regressionsanalytischer Verfahren auf der Aggregatebene illustriert werden. Daran anschließend werden erste inhaltliche Deutungsangebote zur Regionalisierung der politischen Landschaft präsentiert. Die theoretische Basis dieser Überlegungen sind die gängigen wahlsoziologischen Erklärungsansätze des Wahlverhaltens. Diese Deutungsangebote werden dann zu empirisch überprüfaren Hypothesen verdichtet und anhand eines komplexen pfadanalytischen Modells auf der Individualebene getestet. Für diesen empirischen Teil greife ich auf Datensätze der Forschungsgruppe Wahlen zurück, die aus Anlaß der Landtagswahlen 1994 in den fünf neuen Ländern erhoben wurden.

2. Stabilität und Wandel regionaler Parteistärken in den neuen Bundesländern - Ergebnisse einer Aggregatdatenanalyse

In diesem Kapitel soll zunächst mit einfachen statistischen Verfahren geklärt werden, ob der Prozeß der regionalen Differenzierung *zwischen* den Ländern 1994 verglichen mit 1990 eher vorangeschritten ist oder ob sich diese Differenzen eher eingeebnet haben. Des weiteren ist die Frage zu stellen, in welche Richtung sich die Differenzierungsprozesse *innerhalb* der Länder entwickeln. Denkbar wäre, daß sich unterhalb der Systemebene der Länder Kristallisationskerne regionaler Entwicklungstendenzen der Parteien- und Wählerlandschaft herausbilden, die die Bedeutung der Länder als Einheiten regionaler politischer Traditionen relativieren.

Für die Analyse der Wahlergebnisse *innerhalb* der Länder greife ich auf das Konzept der *regionalen Stabilität* der ökologischen Wahlanalyse zurück.¹ Das Ziel dieses Konzepts besteht darin, eine Regressionsgleichung zu schätzen, mit der für eine bestimmte Wahl die Stimmenanteile einer Partei in den Wahlkreisen durch die Vorwahlergebnisse geschätzt werden. Mit Hilfe der Regressionsparameter und des Bestimmtheitsmaßes lassen sich dann Konstanz und Wandel in den regionalen Strukturen der Parteistärken ablesen:²

$r^2=1$: die vollständige regionale Strukturstabilität. Sie liegt vor, wenn die Wahlkreisergebnisse der folgenden Wahl zu 100% aus den Ergebnissen der vorangegangenen Wahl vorhergesagt werden können.

$a = 0$ und $b = 1$: die absolute Stabilität gilt wenn sich auf zwei aufeinanderfolgende Wahlen in allen Wahlkreisen das gleiche Ergebnis einstellt. Dieser Stabilitätsbegriff hat nur eine theoretische Bedeutung, weil sich ansonsten die globalen Parteistärken nicht verändert hätten.

$a \neq 0$ bzw. $b \neq 1$: die *relative Stabilität* liegt vor, wenn sich die Wahlergebnisse einer Partei in allen Wahlkreisen von denen der Vorwahl entweder um einen additiven Betrag unterscheiden, so daß die Differenzen zwischen zwei Wahlkreisen unverändert bleiben, oder wenn sich für alle Wahlkreise die Ergebnisse durch die Multiplikation mit einem konstanten Koeffizienten aus den Vorwahlergebnissen ergeben. In diesem Fall besteht die Strukturstabilität darin, daß die Proportionen zwischen den regionalen Einheiten gleich geblieben sind.

Liegt Stabilität nur in einem relativen Sinne, läßt sich anhand des b-Koeffizienten die Veränderung der regionalen Struktur ablesen. Ein Wert zwischen 0 und 1 bedeutet einen Abbau der Hochburgen und einen tendenziellen Ausbau der Diasporagebiete bzw. eine Einebnung bestehender Differenzen. Bei einem Wert größer als 1 nimmt dagegen die Ausdifferenzierung zwischen Hoch- und Tiefburgen zu.

¹ Vgl. Peter Hoschka, Hermann Schunk: Stabilität regionaler Wählerstrukturen in der Bundesrepublik, in: PVS, 18. Jg. 1979, S. 279-300.

² Vgl. ebda.

Für die neuen Bundesländer wurde das Regressionsmodell aus Gründen der Vergleichbarkeit einmal für die Entwicklung zwischen den Landtagswahlen 1990 und den Landtagswahlen 1994 und zum anderen für die Bundestagswahl 1990 und 1994 geschätzt.³

Tabelle 2.1: Regionale Stabilität

Regressionsgleichung: $LTW\ 94 = a + b * LTW\ 90$ Regressionsgleichung: $BTW\ 94 = a + b * BTW\ 90$

		a	b	R square	a	b	R square
Mecklenburg-Vorpommern	SPD	.	1,09	0,80	.	1,27	0,70
	CDU	.	1,05	0,92	.	0,98	0,89
	PDS	5,74	1,09	0,92	7,95	1,08	0,89
	FDP	2,30	.	.	3,26	.	.
	B90/GR	2,39	.	.	1,19	0,37	0,84
Brandenburg	SPD	37,01	0,46	0,39	9,54	1,09	0,77
	CDU	.	0,64	0,79	.	0,91	0,88
	PDS	3,74	1,10	0,90	6,51	1,13	0,94
	FDP	.	0,26	0,72	3,26	0,25	0,46
	B90/GR	1,42	0,16	0,38	1,26	0,37	0,23
Sachsen-Anhalt	SPD	19,43	0,56	0,43	17,59	0,64	0,74
	CDU	15,59	0,48	0,53	18,61	0,52	0,63
	PDS	2,70	1,43	0,90	5,78	1,30	0,94
	FDP	.	0,21	0,48	.	0,19	0,86
	B90/GR	1,60	0,66	0,70	1,17	0,45	0,77
Thüringen	SPD	11,19	0,79	0,69	0,80	0,78	0,63
	CDU	7,74	0,76	0,90	4,23	0,80	0,95
	PDS	4,73	1,20	0,95	5,30	1,40	0,96
	FDP	.	0,26	0,33	.	0,34	0,42
	B90/GR	1,59	0,44	0,73	1,29	0,58	0,79
Sachsen	SPD	7,05	0,50	0,66	.	1,20	0,77
	CDU	17,57	0,75	0,89	.	0,99	0,97
	PDS	2,37	1,38	0,93	4,41	1,33	0,95
	FDP	2,06	.	.	2,17	0,13	0,38
	B90/GR	0,87	0,59	0,85	1,05	0,60	0,88

Signifikanzniveau = 0,05; "."=nicht signifikant; Landkreisebene 1994; gewichtete mit der Anzahl der Wahlberechtigten 1990

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der amtlichen Statistik

Betrachten wir zunächst die Koeffizienten für die Landtagswahlen 1990 und 1994. Eine hohe Stabilität zeichnet die regionale Struktur der PDS aus. Mit einem Bestimmtheitsmaß von größer gleich .90 wird die strukturelle Verteilung ihrer Landtagswahlergebnisse in allen neuen Ländern in einem hohen Ausmaß durch die Wahlkreisergebnisse der Landtagswahlen 1990 determiniert. Die Steigung der Graden macht deutlich, daß die Zugewinne der PDS stets in ihren Hochburgen am höchsten sind. Bei den übrigen Parteien liegt der Determinationskoeffizient deutlich unter 1, was auf eine stärkere Fluktuation der parteispezifischen Verteilungen schließen läßt. An den b-Gewichten sind wiederum die parteispezifischen Verteilungsmuster der Gewinne und Verluste abzulesen. Ein Ausbau der Stimmenanteile stammt überwiegend aus Diasporagebieten, wohingegen Stimmenverluste überproportional durch den Abbau von Hochburgen stattfindet. *Die regionalen Strukturveränderungen innerhalb der Länder sind demnach durch eine Tendenz der Nivellierung gekennzeichnet.* Die

³ Erhebungseinheiten sind die Landkreise von 1994. Datenquelle ist die amtliche Statistik.

Einebnung landesinterner Differenzen gilt jedoch nicht für die PDS und im Falle Mecklenburg-Vorpommerns auch nicht für SPD und CDU.⁴

Betrachten wir nun die Ergebnisse der Regressionsschätzung für die Bundestagswahlen. Am stabilsten ist wiederum die regionale Struktur der PDS, die in allen Bundesländern hohe Bestimmtheitsmaße aufweist. Lediglich in Sachsen wird ihre Strukturstabilität durch die der CDU übertroffen. Ansonsten weisen die übrigen Parteien im allgemeinen eine höhere Fluktuation ihrer Ergebnisse auf. Die Tendenz der Nivellierung ist bei den großen Parteien weniger stark ausgeprägt als bei den Landtagswahlen. Im Falle Brandenburgs und Sachsens sind keine Verschiebungen der jeweiligen Regierungspartei zu beobachten. Für die mecklenburgische und die sächsische SPD ist die regionale Struktur sogar durch eine zunehmende Polarisierung gekennzeichnet. Was im übrigen für die PDS in allen Ländern gilt. Nur für die FDP und die Grünen gehen die Stimmenverluste in allen Ländern überproportional zu Lasten der Hochburgen. Es läßt sich vorerst festhalten, daß die Einebnung der Differenzen der regionalen Struktur der Parteien bei den Landtagswahlen - bei Berücksichtigung der aufgeführten Ausnahmen - deutlicher ist als bei den Bundestagswahlen.

Es stellt sich nun die Frage, inwieweit die regionalen Differenzierungen der Parteien durch den Einfluß der Bundesländer erklärt werden können und wie sich dieser Einfluß über die Wahlen verändert. Dies führt zu einer varianzanalytischen Fragestellung.⁵

Tabelle 2.2: Varianzzerlegung der Parteienteile nach den neuen Ländern (in Prozent)

	SPD	CDU	PDS	FDP	B90/GR
LTW 90	73,8	65,4	26	65,9	45,6
LTW 94	94,3	87,9	21,2	54,6	31,9
BTW 90	72,8	41,1	27,3	57,4	.
BTW94	77,1	59,1	24,4	32,9	37,4

Signifikanzniveau = 0,05; "."=nicht signifikant; Landkreisebene 1994;
gewichtete mit der Anzahl der Wahlberechtigten 1990, N=111
Quelle: Eigene Berechnungen

Vergleicht man wieder die Landtagswahlen 1990 mit denen 1994 und die beiden Bundestagswahlen miteinander, so wird für SPD und CDU eine zunehmende regionale Differenzierung deutlich. Besonders auffällig ist die Entwicklung für die SPD. Ihr Anteil „erklärter Varianz“ erhöhte sich auf den hohen Betrag von 94%. Für die CDU erhöhte sich der Anteil der „erklärten Varianz“ auf fast 88%. Bei der Bundestagswahl 1994 führte die oben dargestellte landesinterne Polarisierung der SPD zugunsten der Hochburgen nur zu einem moderaten Anstieg der „erklärten Varianz“. Bei der PDS, als „ostdeutsche Regionalpartei“ ist das Regionalprofil der Länderanteile am geringsten ausgeprägt.

⁴ Zu identischen Ergebnissen kommt Karl Schmitt, der die parteispezifische Gewinn- Verlust Bilanzen der Partei nach der ansonsten üblichen Verteilung nach Hochburgen und Diasporagebieten darstellt: Schmitt, Karl: Die Landtagswahlen 1994 im Osten Deutschlands. Früchte des Föderalismus: Personalisierung und Regionalisierung, in: ZParl, 2/95, S. 261-295, hier S. 283.

⁵ Hierzu wird die Varianz der Parteienteile in Gesamtostdeutschland (1) in einen länderinternen Anteil (2), Summe der quadrierten Abweichungen vom jeweiligen Landesdurchschnitt, und in einen externen Anteil (3), Summe der quadrierten Abweichungen der Landesdurchschnitt vom gesamt-ostdeutschen Durchschnitt, zerlegt.

Interessante Ergebnisse ergeben sich auch für die kleinen Parteien, für die FDP und B90/Grüne. Hier zeigt sich, daß der oben beschriebene Nivellierungsprozeß dieser Parteien - b-Koeffizient deutlich kleiner als 1 - durch den Nivellierungsprozeß der Länder untereinander überkompensiert wurde, was letztendlich in einer Verringerung der Varianzreduktion zum Ausdruck kommt.⁶

Als Zwischenresümee ist festzuhalten, daß Ostdeutschland über eine hoch regionalisierte parteipolitische Landschaft verfügt, deren Kristallisationskerne die Bundesländer sind.

3. Erste Deutungsangebote zur Regionalisierung der politischen Landschaft in den neuen Bundesländern

3.1 Situative Einstellungsmuster in den Ländern

Von Vertretern der Forschungsgruppe Wahlen e.V. in Mannheim und insbesondere von Dieter Roth wurde nach der Volkskammerwahl 1990 behauptet, daß „sozialstrukturelle Ansätze westlichen Zuschnitts“ und sozialpsychologische Konzepte keinen relevanten Beitrag zur Erklärung des ostdeutschen Wählerverhaltens zu leisten vermögen und das Wahlverhalten demnach den theoretischen Postulaten des „rational abwägenden Wählers“ folgt. Wendet man das Modell des rationalen Wählers für die regionale Wahlforschung an, so müssen sich Regionalisierungsprozesse der ostdeutschen Parteien- und Wählerlandschaft zuvörderst durch das landesspezifische Erscheinungsbild der Parteien, also ihre Problemlösungskompetenz sowie deren glaubwürdige Vermittlung durch das politische Spitzenpersonal, zurückführen lassen. In diesem theoretischen Kontext stellt sich der individuelle Wahlakt als das Ergebnis von Issuekompetenz-Zuschreibung und Kandidatenbewertung dar.

3.1.1 Die Bewertung der Spitzenkandidaten

In Sachsen und Brandenburg wurden die Landtagswahlen 1994 durch die überragende Stellung eines Spitzenkandidaten beherrscht. In Brandenburg wurde der Wahlkampf von Manfred Stolpe, in Sachsen von Kurt Biedenkopf dominiert. Ihre Herausforderer, Peter Wagner für die CDU in Brandenburg und Karl-Heinz Kunkel für die SPD in Sachsen, waren nach den Umfrageergebnissen nahezu chancenlos.⁷ Rainer-Olaf Schultze sprach in diesem Zusammenhang sogar von „Präsidential-Plebiziten“⁸. In den übrigen Bundesländern wurde der Wahlkampf nicht durch die überragende Stellung eines

Der Quotient aus (3) und (1) wird üblicherweise als der Varianzanteil interpretiert, der durch den Einfluß der Bundesländer erklärt wird.

⁶ Ausgenommen hiervon ist das Ergebnis der BTW 1990 bei B90/Grüne.

⁷ Nach der FGW-Wahlbefragung präferierten 81% der Brandenburger Manfred Stolpe für das Amt des Ministerpräsidenten. In Sachsen sprachen sich 69% der Befragten für Kurt Biedenkopf als Ministerpräsidenten aus. Auch in den Sympathiewerten lagen beide Kandidaten klar vor ihren Herausforderern. Siehe dazu ausführlich: Forschungsberichte zu den Landtagswahlen 1994 der Forschungsgruppe Wahlen, Nr. 72, 73, 74, 78, 79.

⁸ Rainer-Olaf Schultze: Widersprüchliches, Ungleichzeitiges und kein Ende in Sicht: Die Bundestagswahl vom 16. Okt. 1994, in: ZParl 2/95, S. 325-352, S. 335.

Spitzenkandidaten beherrscht. Am ausgeglichensten waren die Präferenzen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In Thüringen konnte der CDU-Kandidat Bernhard Vogel erst kurz vor der Wahl deutlich bessere Umfrageergebnisse erzielen als SPD-Herausforderer Schuchardt.⁹

Führt man die Parteiateile von CDU und SPD in einer einfachen Regressionsanalyse auf die Größe der Anhängerschaften der CDU- bzw. SPD-Spitzenkandidaten in den Ländern und auf die durchschnittlichen Sympathiewerte der Spitzenkandidaten zurück¹⁰, so zeigen sich enge lineare Beziehungen zwischen diesen Größen. Tab. 3.1 enthält die Regressionsparameter und die Bestimmtheitsmaße.

Tabelle 3.1: Regression der Parteiateile auf die Kandidatenbewertung¹¹

		a	b	beta	R square
SPD	durchschnittliche Sympathiebewertung	20,13	14,04	0,95	0,90
	Anteil der Anhänger der einzelnen Spitzenkandidaten	12,08	0,53	0,98	0,98
CDU	durchschnittliche Sympathiebewertung	29,62	13,15	0,94	0,88
	Anteil der Anhänger der einzelnen Spitzenkandidaten	13,86	0,63	1,00	1,00

Signifikanzniveau=0.05, N=5 (neue Länder); Quelle: Eigene Berechnungen

Allerdings werden auf diesem methodischen Level nur lineare Beziehungen zwischen zwei ökologischen Größen, Parteiateile und durchschnittliche Sympathiewerte bzw. Anteile der Anhängerschaften der Spitzenkandidaten, beschrieben. Eine Übertragung auf die Individualebene ist wegen des ökologischen Fehlschlusses nicht zulässig. Auch werden, da es sich nur um bivariate Regressionen handelt, die Effekte konkurrierender Einflußgrößen nicht kontrolliert.

In der komplexen Individualdatenanalyse ist zu untersuchen, ob der Einfluß der Kandidatenorientierung auch auf der Individualebene und bei Kontrolle von Drittvariablen so stark ausfällt.

3.1.2 Issuekompetenz der Parteien

Von Dieter Roth wurde für die neuen Bundesländer „Issue-Wahl in reiner Form“ unterstellt.¹² Nach dieser Sichtweise sind hohe Übereinstimmungen zwischen den Issuekompetenz-Zuweisungen und dem Wahlverhalten zu erwarten. Die politische Agenda in den neuen Bundesländern wird von Issues

⁹ Siehe Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O.

¹⁰ Die Wähler wurden aufgefordert, die Spitzenkandidaten auf einem 11stufigen Sympathieskalometer zu verorten (+5 bis -5).

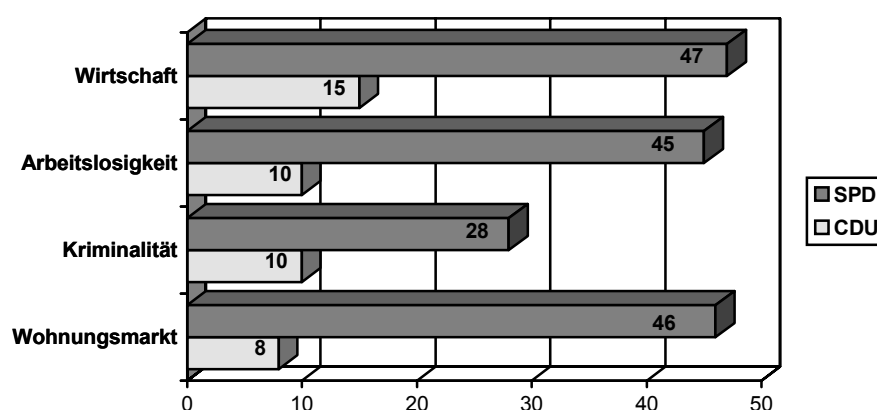
¹¹ Lesebeispiel: erhöht sich der durchschnittliche Sympathiewert für den SPD-Spitzenkandidaten in einem Land um einen Punkt, so wächst der SPD-Stimmenanteil in diesem Land um 14 Prozentpunkte oder nimmt die Zahl derjenigen, die einen CDU-Kandidaten als Ministerpräsidenten bevorzugen um 1% zu, so schneidet die die CDU in diesem Land um 0.63 % besser ab.

¹² Dieter Roth: Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Versuch einer Erklärung, in: PVS 31. Jg. (1990), S. 369-393, hier S. 371.

dominiert, die sich unmittelbar aus dem Umstrukturierungsprozeß ergeben. Nach den Umfrageergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen rangieren Arbeitslosigkeit, Kriminalität, die Lage auf dem Wohnungsmarkt und Probleme mit der deutschen Einheit an der Spitze der wichtigsten politischen Problemfelder.¹³ Die parteipolitische Zuordnung der Lösungskompetenz fällt in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich aus.

In *Brandenburg* und *Sachsen* sehen die Befragten in allen wichtigen Problembereichen einen deutlichen Kompetenzvorsprung bei der jeweiligen Regierungspartei.

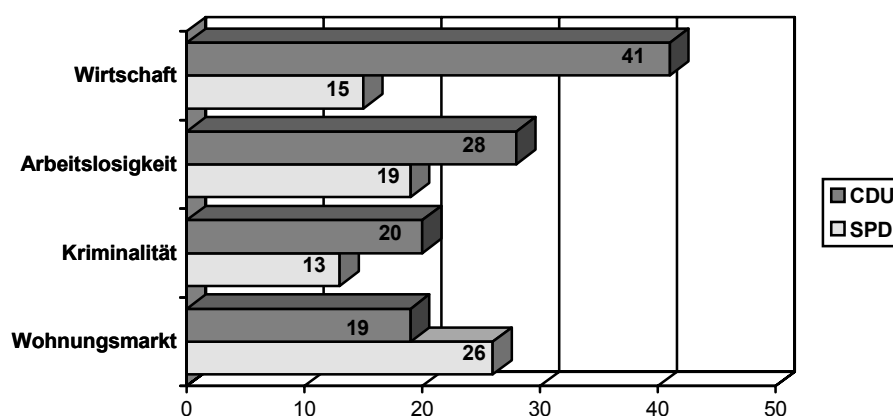
Abb. 3.1: Issuekompetenz in Brandenburg



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Spiegelbildliche Kompetenzzuschreibungen findet man in *Sachsen* vor.

Abb. 3.2: Issuekompetenz in Sachsen



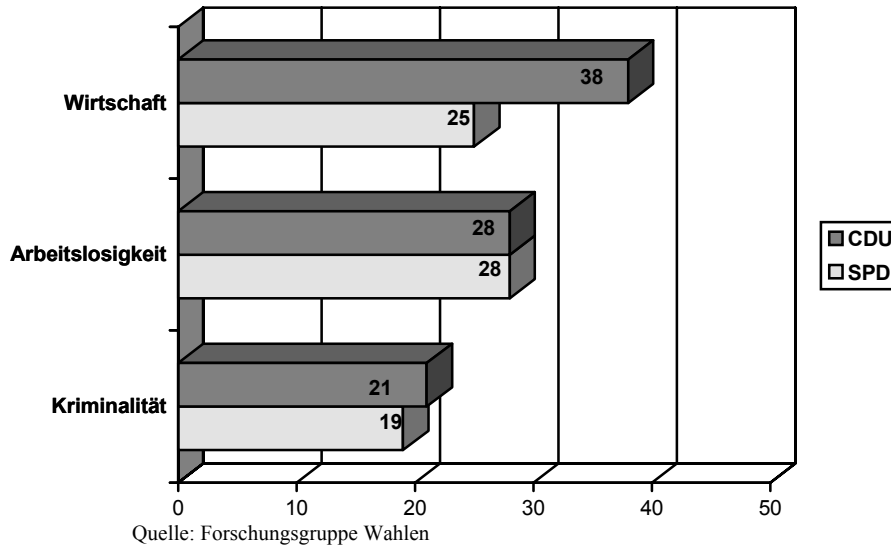
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

Lediglich für den Wohnungsmarkt wird der sächsischen SPD eine größere Kompetenz zuerkannt als der CDU.

¹³ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: Bundestagswahlen 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 76 - 21. Oktober 1994, 2. Aufl., S. 50 f.

In *Thüringen* verfügt die CDU über einen relativ klaren Kompetenzvorsprung bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme. In den übrigen Problembereichen wird der thüringischen SPD die Lösungskompetenz in gleicher Weise zugetraut wie der CDU.

Abb. 3.3 Issuekompetenz in Thüringen



In *Mecklenburg-Vorpommern* und in *Sachsen-Anhalt* traut in den Problembereichen Arbeits- und Wohnungsmarkt eine Mehrheit eher der SPD eine Lösungskompetenz zu. Ansonsten ist eine ausgeglichenen Kompetenzzuweisungen zu konstatieren.

Abb. 3.4 Issuekompetenz in Mecklenburg-Vorpommern

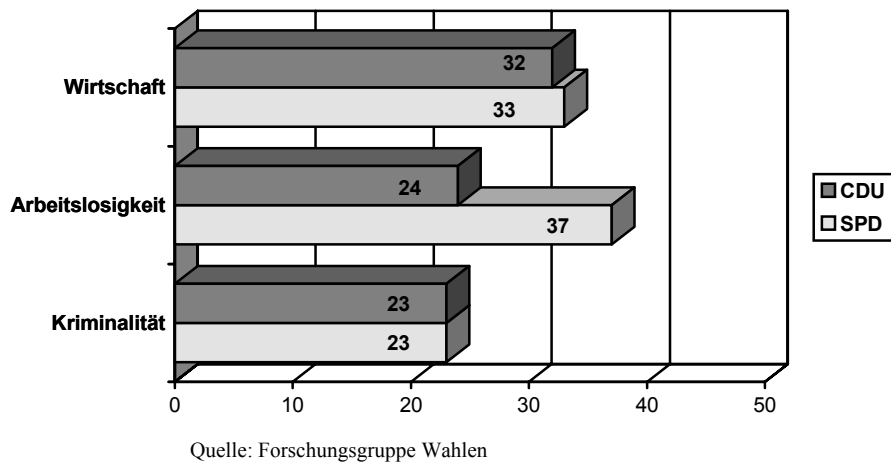
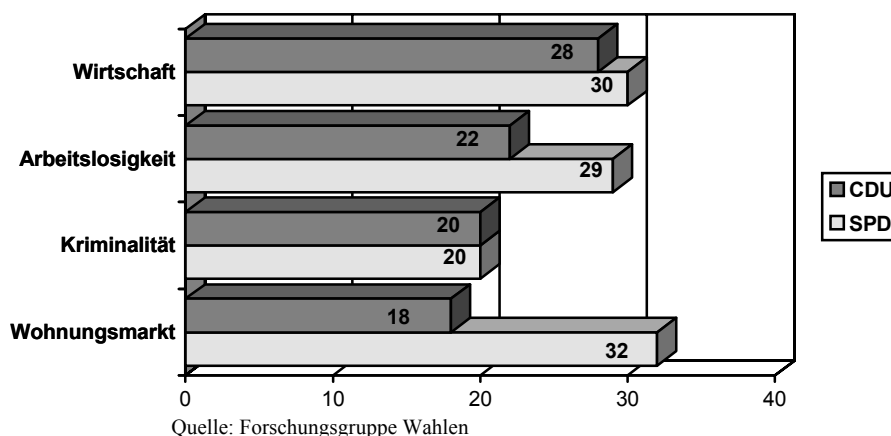


Abb. 3.5 Issuekompetenz in Sachsen-Anhalt



Der klare Kompetenzvorsprung der SPD in Brandenburg und der CDU in Sachsen in allen wichtigen Problemfeldern, aber auch der deutliche Vorsprung der CDU in Thüringen bei der Wirtschaftskompetenz entspricht der kollektiven Wahlentscheidung in den einzelnen Bundesländern ebenso, wie die relativ ausgeglichenen Kompetenzzuweisungen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit den dortigen Stimmenanteilen von CDU und SPD übereinstimmen.

Der deutliche Zusammenhang zwischen Issuekompetenz-Zuweisung und Wählerverhalten gilt analog zur Kandidatenorientierung vorerst nur für die Aggregatebene. Der Einfluß der Issuekompetenz auf das individuelle Wahlverhalten wird später untersucht.

3.2 Sozialstrukturelle Determinierung der regionalspezifischen Entwicklungen

Soll die Regionalisierung der politischen Landschaft durch sozialstrukturelle Determinanten, z.B. durch regionalspezifische Partei-Wähler-Allianzen, erklärt werden, ist zunächst das allgemeine Muster des sozialstrukturellen Wahlverhaltens in den NBL näher zu charakterisieren. Seit der Volkskammerwahl 1990 haben sich in Ostdeutschland Partei-Wähler-Allianzen herausgebildet, die teilweise vom traditionellen Wahlverhalten der sozialen Großgruppen, wie man es von den alten Bundesländern kennt, abweichen.¹⁴ Insbesondere der westdeutsche Klassencleavage, der sich u.a. in einer starken Affinität (gewerkschaftlichen organisierten) Arbeiterschaft zur SPD äußert, scheint für das Wahlverhalten in den neuen Bundesländern völlig irrelevant zu sein. Unorthodoxe Autoren haben versucht, die Partei-Wähler-Koalitionen in den neuen Bundesländern als politische Reflexe einer DDR-spezifischen Cleavagestruktur zu interpretieren:

Thomas Emmert identifizierte insgesamt drei wahlrelevante Konfliktlinien: den Klassenkonflikt, den religiösen Konflikt und einen DDR-internen Zentrum-Peripherie Konflikt:¹⁵

¹⁴ Darauf stützt sich die sogenannten „tabula-rasa-These“ von Dieter Roth, also und die die These von der generellen Absens langfristiger sozialstruktureller Einflußgrößen auf das ostdeutsche Wahlverhalten vgl.: Dieter Roth, a.a.O. und Thomas v. Winter: Wählerverhalten in den östlichen Bundesländern: Wahlsoziologische Erklärungsmodelle auf dem Prüfstand, in ZParl, 2/1996, S. 298-316.

¹⁵ Siehe Thomas Emmert: Konfliktlinien, Sozialismus und Wahlverhalten. Ein sozialstruktureller Erklärungsversuch der Volkskammerwahl am 18. März 1990 in der DDR, Magisterarbeit, Heidelberg 1991.

(1) Unter den besonderen Bedingungen der DDR hatte sich der *Klassenkonflikt* in einen Konflikt zwischen der Intelligenz, verstanden als neue herrschende Klasse im Sozialismus, bei der die monopolistische Verfügungsgewalt der Produktionsmittel lag, und den Arbeitern, die im Gegensatz zur offiziellen Ideologie keinen Zugriff auf die Produktionsmittel hatten, gewandelt.¹⁶ Noch heute findet der DDR-Klassencleavage seinen Niederschlag in der Bevorzugung bzw. Ablehnung der Parteien, die als Befürworter resp. als heftigster Gegner der alten Ordnung gelten, der PDS und der CDU. Dadurch können die Parteibindungen der sozialstrukturellen Gruppen entlang dieser Konfliktlinie erklärt werden, nämlich die Bindung der ehemaligen Parteielite, einschließlich der sozialistischen Dienstklasse¹⁷ an die PDS, und ihres sozialen Widerparts, der Arbeiter, an die CDU.¹⁸ Der Klassenkonflikt in seiner westdeutschen Variante wird durch diesen DDR-Konflikt noch überlagert, wodurch auch das mäßige Abschneiden der SPD in der Arbeiterschaft zu erklären ist. Thomas v. Winter räumt diesen aus der DDR ererbten Konflikt allerdings keine dauerhafte Etablierungschance ein, da er seit der Wiedervereinigung allmählich seine strukturelle Grundlage verliert.¹⁹ Gestützt wird diese Annahme durch einen stetigen Verlust des Stimmenanteils der CDU bei den Arbeitern.

(2) Auch der *religiöse Konflikt* war in der DDR trotz einer staatlichen forcierten Säkularisierung virulent geblieben. Der Konflikt wurde aber nicht mehr durch die Konfessionen repräsentiert, sondern durch den prinzipiellen Konflikt zwischen Staat und Kirche.²⁰ Der Staat-Kirche-Konflikt findet seine politische Ausdrucksform auf der einen Seite in der CDU als Sammelbecken für alle kirchlich gebundenen Bevölkerungsteile²¹ und auf der anderen Seite in der PDS, die als Repräsentantin eines atheistisch ausgerichteten Sozialismus ihren größten Stimmenanteil bei den konfessionell nicht gebundenen Wählern erhält.²²

(3) Diese beide Konfliktlinien werden durch einen zusätzlichen Konflikt, einen DDR-internen Zentrum-Peripherie Konflikt, gebrochen.²³

Karl Schmitt verbindet das Cleavage-Konzept mit dem Sozialmilieu-Konzept von Lepsius. Seine zentrale These ist, daß sich die DDR-Konfliktlinien in unterschiedlichem Maße in sozialmoralische Milieus verfestigt haben. Der Staat-Kirche-Konflikt hat in einem hohen Maße zu einer Milieuverfestigung der Kirchenmitglieder geführt: einerseits aufgrund des zunehmenden Säkularisierungsdrucks des DDR-Regimes, der das Milieu innerlich zusammenschweißte, andererseits

¹⁶ Vgl. ebda., S. 20 ff; vgl. auch Heike Solga: Klassenlage und soziale Ungleichheit in der DDR, in: APuZg, S. 18-27.

¹⁷ Zum Begriff der sozialistischen Dienstklasse siehe: Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992, S. 139 f.

¹⁸ Vgl. Winter, a.a.O., S. 311.

¹⁹ Vgl. ebda.

²⁰ Vgl. ebda., S. 27 ff.

²¹ Vgl. ebda., S. 309

²² Zur Kritik am „DDR-Konfliktlinien-Modell“ siehe Dieter Roth: Wahlverhalten in den ostdeutschen Bundesländern. Eine Replik auf Thomas von Winters Erklärungsmodelle in Heft 2/96, in: ZParl 3/1996, S. 519 f.

²³ Zum DDR-internen Zentrum-Peripherie-Konflikt siehe ausführlich Kap. 3.3.

durch den spezifischen kirchlichen Bekenntnischarakter und der trotz staatlicher Depressionen intaktgebliebenen organisatorischen Infrastruktur.²⁴ Der Klassenkonflikt konnte sich dagegen nicht in eine vergleichbare Milieubildung umsetzen. Es fehlte nicht nur die Möglichkeit einer unabhängigen Interessenartikulation und -repräsentation beispielsweise durch freie Gewerkschaften im politischen System, sondern auch die organisatorische Infrastruktur einer eigenständigen Arbeiterkultur im vorpolitischen Bereich. Der fehlende Milieuzusammenhang führte nach der Wende dazu, daß die Gewerkschaften als wichtigste Vermittlungsinstanz einer sozialdemokratischen Wahlnorm weitgehend ausfiel.²⁵ Die Arbeiter wählten daher ihre Partei nicht aufgrund der Wahlnorm eines Sozialmilieus, sondern aufgrund ihrer individuell wahrgenommenen Interessenlage und ihrer berufsgruppenspezifischen Erfahrung der sozialen und ökonomischen Deprivilegierung in der DDR. Das war i.d.R. die Partei, die die klarste Alternative zum bisherigen System bot, also die CDU. Demnach unterstellt Schmitt für die Arbeiter eine Wahlentscheidung nach dem Modell des rationalen Wählers.²⁶ Zukünftig sei, so Schmitt, in der Arbeiterschaft im weit stärkerem Maße als beispielsweise bei den kirchlich gebundenen Wählern mit Veränderungen in der Parteipräferenz zu rechnen.²⁷ Auf der Seite der SED-Elite und der sozialistischen Dienstklasse, konnten sich informelle Milieustrukturen herausbilden. Es sei nur an die politisch-ideologische Sozialisation und die zunehmende Selbstrekrutierung dieser Gruppe erinnert.

Eine sozialstrukturell Erklärung regional unterschiedlichen Erfolgchancen der Parteien, kann einerseits auf einer ungleichen räumlichen Verteilung sozialstrukturell definierter Gruppen beruhen oder auf regionalspezifisch eingefärbten Partei-Wähler-Allianzen.²⁸ Regionale Abweichungen vom dargestellten allgemeinen Muster lassen sich sowohl im berufsstrukturellen Wahlverhalten als auch im religiösen Wahlverhalten identifizieren:

(1) An erster Stelle sind die unterschiedlichen Erfolge der SPD-Landesparteien zu erwähnen, sich als Arbeitnehmerpartei zu profilieren:

Die SPD in *Sachsen-Anhalt* erzielte bei den Landtagswahlen 1994 einen überdurchschnittlichen Stimmenzuwachs in der Gruppe der Angestellten und der Selbständigen. Bei den Arbeitern und den Angestellten ist die SPD nunmehr überproportional vertreten und stärkste Partei. Für die SPD wirkt sich die Gewerkschaftsmitgliedschaft in beiden Berufsgruppen positiv aus; im Angestelltenbereich aber wesentlich stärker als bei den Arbeitern. Der Einfluß der gewerkschaftlichen Bindung für die

²⁴ Vgl. Karl Schmitt: Sozialstruktur und Wählerverhalten, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 425-448, hier S. 430.

²⁵ Vgl. auch Bernhard Weßels: Gruppenbindungen und rationales Handeln als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. WZB FS III 93-208, S. 16 ff.

²⁶ Vgl. Karl Schmitt: Sozialstruktur und ..., a.a.O., S. 433.

²⁷ Vgl. ebda., S. 434.

²⁸ Anders formuliert: vertreten die Parteien in den einzelnen Bundesländern jeweils die gleiche Klientel bzw. können sie sie in gleicher Stärke an sich binden oder sind die Parteien auf regionaler Ebene „Dachverbände unterschiedlicher Milieus“ (Naßmacher). Vgl. Karl Schmitt: Parteien und regionale politische Traditionen. Eine Einführung, in: Oberndörfer, Schmitt (Hrsg.), a.a.O., S. 9f.

individuelle Wahlentscheidung zeigt sich auch darin, daß die Nichtorganisierten beider Berufsgruppen überproportional die CDU wählen.

Die *thüringische SPD* hat ein deutliches Arbeitnehmerprofil entwickelt, was sich zum einen daran zeigt, daß sich ihre Unterrepräsentanz bei den Arbeitern in eine leichte Überrepräsentanz gewandelt hat, und sich zum anderen dadurch äußert, daß das Stimmengewicht der Arbeitnehmer gegenüber den Selbständigen zugenommen hat. (Ein 90er Referenzwert für die Landwirte fehlt.) Einschränkend ist aber zu erwähnen, daß die CDU trotz ihrer massiven Verluste in der Arbeiterschaft überrepräsentiert ist und auch Mehrheitspartei bleibt. Die individuelle Gewerkschaftsmitgliedschaft fördert die Tendenz zur SPD-Wahl. Dabei schneidet die SPD wie in Sachsen-Anhalt bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten besser ab als bei den Arbeitern.

Auch für die *brandenburgische SPD* ist trotz ihrer dominanten Stellung in allen Berufsgruppen ein traditionelles SPD-Wählerprofil im Ansatz erkennbar. Im *Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen* haben sich die Gewichte zugunsten der beiden Arbeitnehmergruppen in der SPD-Wählerschaft nur marginal verschoben.

(2)*Regionale Differenzierungen treten auch im Wählerprofil der PDS auf.* Generell ist es der PDS gelungen, ihre Kernklientel, die kleine Gruppe der Beamten und die (gewerkschaftlich organisierten) Angestellten erneut zu mobilisieren. Darüber hinaus konnte die PDS ihr Wählerreservoir auch auf andere soziale Gruppen ausdehnen. Beachtenswert ist ihr Stimmenzuwachs bei den Arbeitern und Selbständigen, also jenen sozialen Gruppen, die die PDS für ihre fortdauernde Deprivilegierung in der DDR durch ihr Wählervotum 1990 noch deutlich abgestraft hatten.²⁹ Die Erfolge der PDS in diesen Wählergruppen fallen von Land zu Land sehr unterschiedlich aus. An erster Stelle ist Mecklenburg-Vorpommern zu nennen. Dort erzielte die PDS unter den Arbeitern und den Selbständigen jeweils einen Stimmenanteil der in etwa ihrem Landesergebnis entsprach.

Ein interessantes Bild zeigt sich auch in Thüringen. Der Anteil der PDS-Wählern unter den Selbständigen stieg von 2% auf 18,7% und ist damit sichtbar überrepräsentiert. In den übrigen drei Ländern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen, bleiben sowohl die Arbeiter als auch die Selbständigen trotz höherer Stimmenanteile unterrepräsentiert.

(3)*Auch bei der CDU sind regionale Eigenheiten erkennbar.* In allen fünf Ländern kann die CDU die Arbeiter (trotz sinkender Stimmenanteile) und den „alten Mittelstand“ für sich mobilisieren. In Mecklenburg und in Sachsen-Anhalt votierte 1994 zudem ein beachtlicher Teil der kleinen Gruppe der Beamtenschaft für die CDU. Ihre Stimmenanteile sind jeweils deutlich überrepräsentiert.

Beim Wahlverhalten nach Konfession deuten nur die Ergebnisse in Brandenburg auf eine Sonderentwicklung hin. Bereits 1990 votierten die Protestanten in Brandenburg überproportional für

²⁹ Roth sprach in diesem Zusammenhang von einer „Bestrafungsaktion der Arbeiter für die SED“, Roth, a.a.O., S. 372.

die SPD. Die Protestanten teilten sich zu fast gleichen Anteilen auf die SPD und die CDU auf. In der Literatur wurde der brandenburgische Ausnahmefall vor allem durch die Person Manfred Stolpe erklärt. Durch den ehemaligen Kirchenjuristen Stolpe sei ein Teil der ansonsten der CDU eher zuneigenden Protestanten an die SPD herangeführt worden.³⁰ Bei der Landtagswahl 1994 trat die regionalspezifische Entwicklung in Brandenburg noch prononcierter zum Vorschein. Mit 58% entschied sich die absolute Mehrheit der brandenburgischen Protestanten klar für die SPD. Die CDU schnitt bei den Protestanten zwar immer noch überproportional ab, landete aber mit 28% klar abgeschlagen auf dem zweiten Platz. Inwiefern die brandenburgische Abweichung vom konfessionellen Wahlverhalten in den neuen Bundesländern auf regionalspezifische „Koalitionen zwischen (Teil-)Milieus und Parteien“³¹ hindeutet, konnte bislang durch einen empirischen Nachweis nicht belegt werden.

Tabelle 3.2: Wahlverhalten nach Konfession (in Prozent)

Jahr	SPD		CDU		PDS		FDP		B90/GRÜ	
	1994	1990	1994	1990	1994	1990	1994	1990	1994	1990
<i>Brandenburg</i>	54,1	38,3	18,7	29,4	18,7	13,4	2,2	6,6	2,9	9,3
Katholisch	43,4	31,5	37,7	55,1	6,3	1,8	3,7	5	3,9	5
Evangelisch	57,8	38,8	27,5	37,3	5,6	2,8	10	7,3	3,6	7,3
keine	52,7	41,4	11,8	21,9	27,7	15,3	6,8	12	2,6	2,0
<i>Mecklenburg</i>	29,5	27	37,7	38,3	22,7	15,7	3,8	5,5	3,7	9,3
Katholisch	26,6	13,8	53,1	67,8	8,2	2,2	4,7	5,9	4,1	8,3
Evangelisch	28,2	24,3	49,8	55,9	10,9	3,5	5,7	7	3,4	7,1
keine	30,3	29,3	27,9	26,7	31,8	22,4	2,9	5,7	4,1	13,1
<i>Sachsen-Anhalt</i>	34	26	34,4	39	19,9	12	3,6	13,5	5,1	5,3
Katholisch	25,7	16,8	61,8	61,8	4,5	1,3	2,8	14,4	1,8	3,1
Evangelisch	35	21,2	46	48	8	2,8	4,2	18,8	5	5,9
keine	35	28,4	24,3	32,7	28,1	14,5	3,3	12,8	5,6	8,3
<i>Thüringen</i>	29,6	22,8	42,6	45,4	16,6	9,7	3,2	4,3	4,5	6,5
Katholisch	22,2	14,2	61,6	67,6	5,6	2,6	1,2	5,2	5	5
Evangelisch	27,6	20,6	53,4	54,4	7,2	1,2	3,6	11,6	4,8	4,8
keine	32,1	26,1	31,9	34,9	25,2	12,2	2,8	8,8	4,4	10,4
<i>Sachsen</i>	16,6	19,1	58,1	53,8	16,5	10,2	1,7	5,3	4,1	5,6
Katholisch	7,6	10,7	77,8	72,1	6,1	0,5	1,6	3,5	3,6	6,9
Evangelisch	16	13,1	71,6	68	4,7	1,2	1,8	6,4	3,8	5,4
keine	17,5	21,2	47,1	45,6	25,9	14,1	1,6	5,8	4,3	8,4
<i>BTW (VKW)</i>	31,5	24,3 (21,8)	38,5	41,8 (40,9)	19,8	11,1 (16,3)	3,5	12,9 (5,3)	4,3	6,2 (4,9)
Katholisch	19,5	11,2 (12,1)	68,5	64,1 (66,3)	2,9	2,1 (4,5)	2,5	10,8 (4,6)	2,5	5,1 (3,5)
Evangelisch	28,9	19,6 (20,9)	53,4	52 (53,7)	6,3	2,5 (4,9)	4,7	14,6 (5,8)	5	5 (3,6)
keine	34,1	28 (23,5)	27,1	32,4 (30,3)	28,8	17,7 (24,6)	3,1	12,2 (5,2)	4,3	7,2 (5,9)

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

³⁰ Vgl. Karl Schmitt: Im Osten nichts Neues?, in: Bürklin/ Roth: Das Superwahljahr, S. 185-218, hier S. 204.

³¹ Schmitt: Im Osten nichts Neues?..., a.a.O., S. 204.

Tabelle 3. 3: Wahlverhalten nach Berufsgruppen und Gewerkschaftsmitgliedschaft in den einzelnen Ländern in %)

Jahr		SPD		CDU		PDS		FDP		B90/GRÜ	
		1994	1990	1994	1990	1994	1990	1994	1990	1994	1990
Brandenburg		54,1	38,3	18,7	29,4	18,7	13,4	2,2	6,6	2,9	9,3
Berufsgr.	Arbeiter	57,4	39,8	19,8	35,4	15,1	6,3	1,5	7,1	2,5	7,7
	Angestellte	53,5	41,8	14,3	23,3	23,8	13	1,7	7,7	3,5	11,2
	Beamte	48,1	*	16,7	*	30,3	*	2	*	1,2	*
	Selbständige	41,3	24,6	29,8	42,9	15,3	1,7	8	16,2	2,6	11,2
	Landwirte	45,9	*	34,9	*	11,5	*	0,6	*	3,9	*
Gewerksch.	ja	56,8	*	13	*	22,4	*	1,3	*	3	*
	Mitgl. nein	52,9	*	20,3	*	18,1	*	2,4	*	3	*
Arbeiter+	Mitgl.	60,8	*	14,6	*	16	*	1,2	*	2,8	*
	Gewerk. kein Mitgl.	55,4	*	22,4	*	14,9	*	1,6	*	2,4	*
Angest.+	Mitgl.	53,3	*	10,7	*	27,8	*	1,3	*	3,8	*
	Gewerk. kein Mitgl.	53,7	*	15,6	*	22	*	2	*	3,3	*
Mecklenburg		29,5	27	37,7	38,3	22,7	15,7	3,8	5,5	3,7	9,3
Berufsgr.	Arbeiter	31,1	28,1	39,2	45,5	21	9,4	2,3	4,8	2,8	8,6
	Angestellte	31,5	27,4	31,2	34	27,4	17,8	4	5,6	3,7	13,4
	Beamte	19		48,3		23,3		2,3		3	
	Selbständige	20,5	18,6	41,2	51,3	21,5	5,1	10,1	11,5	5,2	10,3
	Landwirte	32,1		45,4		15,3		6,3		0,9	
Gewerksch.	ja	33,1	*	31,1	*	28	*	2,2	*	3,3	*
	Mitgl. nein	27,7	*	38,7	*	22,6	*	4,3	*	4,1	*
Arbeiter+	Mitgl.	36,3	*	32,4	*	26	*	1	*	1,8	*
	Gewerk. kein Mitgl.	28,9	*	41,5	*	19,7	*	2,7	*	3,3	*
Angest.+	Mitgl.	32,4	*	28,9	*	29,7	*	3,5	*	3,9	*
	Gewerk. kein Mitgl.	30,9	*	31,9	*	27,1	*	4,4	*	3,6	*
Sachsen-Anhalt		34	26	34,4	39	19,9	12	3,6	13,5	5,1	5,3
Berufsgr.	Arbeiter	36,5	27,6	35,7	46,6	16,9	5,4	3,1	12,6	3,9	3,9
	Angestellte	34,6	25	29	34,4	24	12,7	3	14,8	6,9	10,4
	Beamte	21,2	*	41,8	*	28,3	*	5,7	*	3	*
	Selbständige	20,9	12,9	40,9	46,9	17,9	4,9	10,2	27,4	5,8	3
	Landwirte	23,9	*	47,5	*	22,1	*	5,4	*		*
Gewerksch.	ja	39,2	*	27,7	*	21,3	*	2,9	*	5,5	*
	Mitgl. nein	32,5	*	35,2	*	20,3	*	3,9	*	5,2	*
Arbeiter+	Mitgl.	38,7	*	31,2	*	17,1	*	3,8	*	3,9	*
	Gewerk. kein Mitgl.	35,5	*	36,9	*	17,4	*	2,8	*	4,1	*
Angest.+	Mitgl.	40	*	24	*	24,7	*	1,8	*	7,4	*
	Gewerk. kein Mitgl.	32,5	*	30,8	*	23,8	*	3,4	*	6,8	*
Thüringen		29,6	22,8	42,6	45,4	16,6	9,7	3,2	4,3	4,5	6,5
Berufsgr.	Arbeiter	32	21,6	43,7	51	14,4	4,7	2,2	8,7	3,5	5,5
	Angestellte	30,3	25,4	37	37,6	19,9	10	3,1	9,8	6,2	11,3
	Beamte	19,9	*	37,5	*	25	*	8,9	*	2	*
	Selbständige	12,3	16,2	57,3	51,9	18,7	2	7,7	16,2	1,4	5,1
	Landwirte	23,2	*	67,8	*	1,3	*	3,4	*	2	*
Gewerksch.	ja	35,1	*	36,1	*	18,8	*	2,9	*	4,3	*
	Mitgl. nein	27,3	*	43,8	*	16,9	*	3,3	*	4,8	*
Arbeiter+	Mitgl.	35,1	*	41,7	*	15,4	*	2,6	*	2,8	*
	Gewerk. kein Mitgl.	30,7	*	43,3	*	14,6	*	2,1	*	4,1	*
Angest.+	Mitgl.	36,9	*	29,6	*	21,6	*	3,1	*	5,9	*
	Gewerk. kein Mitgl.	27,3	*	39,8	*	19,7	*	2,9	*	6,6	*
Sachsen		16,6	19,1	58,1	53,8	16,5	10,2	1,7	5,3	4,1	5,6
Berufsgr.	Arbeiter	18,2	17,1	60,4	60,9	12,3	4,6	1,8	4,7	3,6	5,1
	Angestellte	17,4	19,2	52,9	50,3	20,9	10,7	1,6	6,2	4,8	9,2
	Beamte	9,1	*	53,9	*	24,3	*	0,7	*	2,9	*
	Selbständige	8,9	6	68,9	71,2	13,7	3,6	2,3	10	3,7	5,1
	Landwirte	9,9	*	71,6	*	7,1	*	3,5	*	3,7	*
Gewerksch.	ja	21,4	*	48,9	*	20,5	*	1,6	*	4,3	*
	Mitgl. nein	14,5	*	61	*	15,7	*	1,7	*	4,1	*
Arbeiter+	Mitgl.	22	*	53,5	*	15,8	*	1,4	*	4	*
	Gewerk. kein Mitgl.	16,1	*	63,7	*	10,6	*	2	*	3,5	*
Angest.+	Mitgl.	21,1	*	44,1	*	24,8	*	1,7	*	5,2	*
	Gewerk. kein Mitgl.	15,6	*	56,6	*	19,5	*	1,5	*	4,6	*

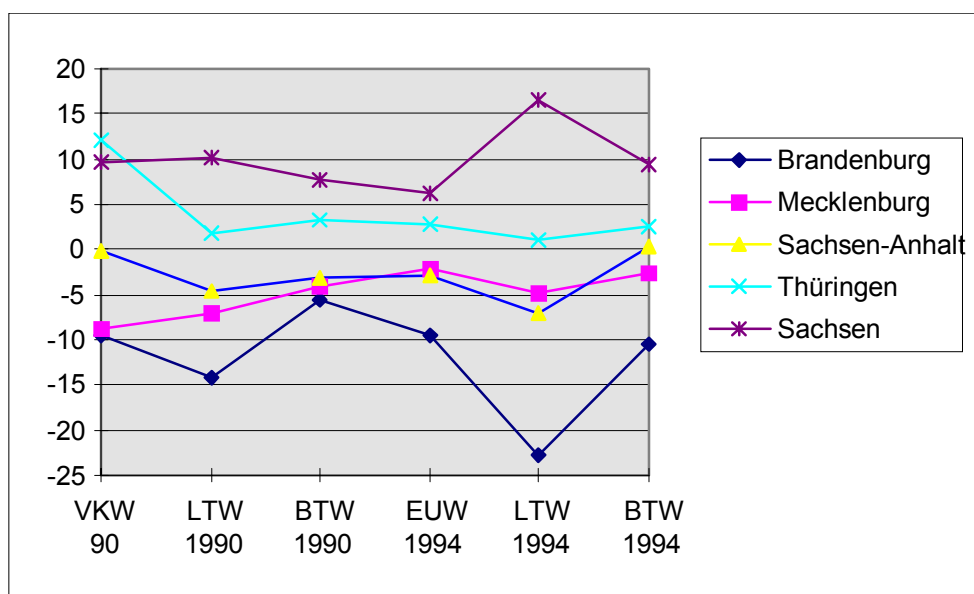
* = Wert nicht vorhanden; Quelle: Forschungsgruppe Wahlen

3.3 Nord-Süd-Gefälle im Wahlverhalten

Ausgangspunkt für eine dritte Betrachtungsweise ist das markante regionale Muster in der Verteilung der Stimmenanteile der politischen Parteien. Sie folgt einem deutlichen Nord-Süd-Gefälle, das bereits bei der Volkskammerwahl 1990 zu beobachten war³² und auch bei den nachfolgenden Wahlen in seinem Kern erhalten blieb:

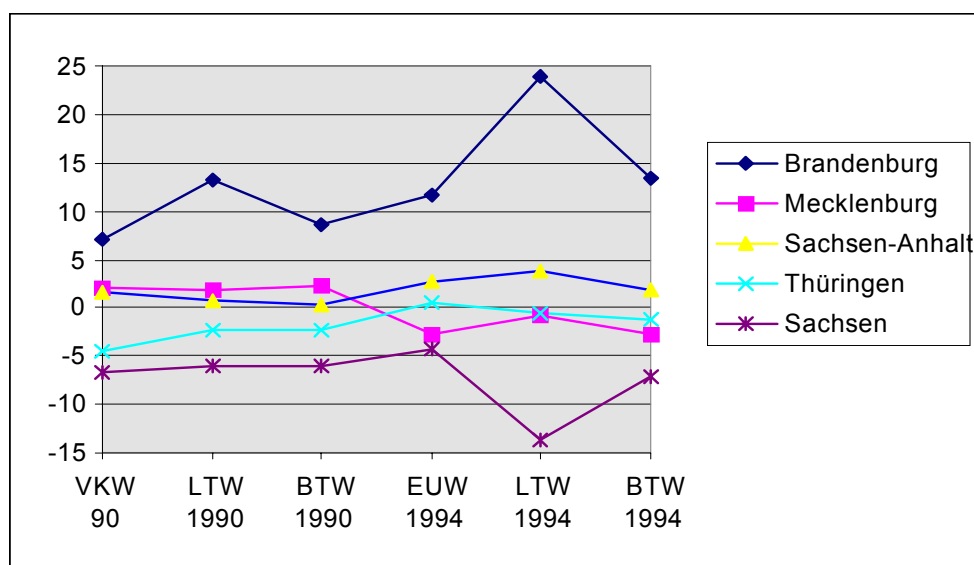
Die CDU kann in den nördlichen Ländern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und z.T. auch in Sachsen-Anhalt nur unterdurchschnittlich abschneiden. In den Bundesländern der südlichen Peripherie, Thüringen und Sachsen, erzielte sie bis dato überdurchschnittlich Ergebnisse.

Abb. 3.6: Abweichungen der CDU von ihrem ostdeutschen Durchschnittswert



Quelle: Darstellung nach eigenen Berechnungen

Abb. 3.7 Abweichungen der SPD von ihrem ostdeutschen Durchschnittswert

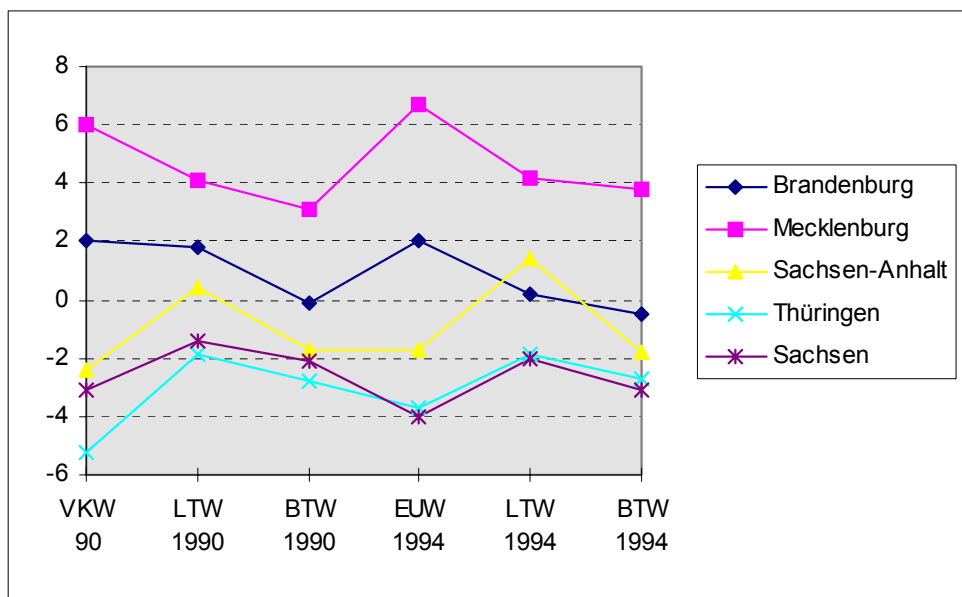


³² Vgl. Matthias Jung: Parteiensystem und Wahlen in der DDR. Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990, in: APuZg, B27/90, S. 3-15, hier S. 7 f.; vgl. auch Roth a.a.O., S. 372 f.

Eine spiegelbildliche Stimmenverteilung ist dagegen für die SPD und für die PDS zu konstatieren. Die SPD kann in Brandenburg stark überdurchschnittliche, in Sachsen-Anhalt leicht überdurchschnittliche und in Sachsen sowie in Thüringen nur unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Mecklenburg-Vorpommern nimmt eine Art Mittelstellung ein, hier oszillieren die Ergebnisse der SPD um ihren ostdeutschen Durchschnitt.

Auch die Stimmenverteilung der PDS folgt einem prägnanten Muster. Für sie werden die beiden Pole durch Mecklenburg-Vorpommern als PDS-Hochburg auf der einen Seite und Sachsen bzw. Thüringen als Diaspora-Gebiete der PDS auf der andere Seite markiert. In Brandenburg erzielt die PDS bei der Volkskammerwahl 1990, der Landtagswahl 1990 und der Europawahl 1994 überdurchschnittliche Ergebnisse. Bei den übrigen Wahlen erreicht sie Stimmenanteile in Höhe ihres ostdeutschen Durchschnitts. In Sachsen-Anhalt ist die PDS lediglich bei den Landtagswahlen leicht überdurchschnittlich erfolgreich; in allen übrigen Wahlen liegen ihre Stimmenanteile unter ihrem ostdeutschen Gesamtergebnis.

Abb. 3.8: Abweichungen der PDS von ihrem ostdeutschen Durchschnittswert



Quelle: Darstellung nach eigenen Berechnungen

Zusammenfassend läßt sich eine stärkere Präferenz nord-ostdeutschen Wähler für Parteien erkennen, die für sozialistische bzw. staatsinterventionistische Ordnungsvorstellungen stehen, also für SPD und PDS, und eine stärkere Präferenz süd-ostdeutscher Wähler zu marktwirtschaftlich orientierten „Leistungsparteien“, wie sie die CDU verkörpert. Wie läßt sich dieses Phänomen erklären?

Thomas Emmert hat als erster das Nord-Süd-Gefälle im Wahlverhalten durch den Zentrum-Peripherie-Konflikt des Lipset-Rokkanschen-Konfliktlinienmodells zu deuten versucht:³³ „Mit [...] der Verwirklichung des Demokratischen Zentralismus entwickelten sich in der DDR dem neuen

³³ Siehe Emmert, a.a.O., S. 31-35.

administrativen System immanente regionale Ungleichheiten, aus denen die Entstehung des Zentrum-Peripherie-Konflikts im Sinne Lipset und Rokkans resultierte.“³⁴ Von welcher Art waren diese regionalen Ungleichheiten? Zum einen zeigten sie sich in einer dauerhaften Bevorzugung des Verwaltungszentrums Berlin bei Planung und Mittelvergabe, der Versorgungslage für Konsumgüter, dem Wohnungsstandard und dem Einkommensniveau, gegenüber dem Rest der DDR. Zum anderen wurde der landwirtschaftlich geprägte Norden durch die „sozialistischen Umgestaltungsmaßnahmen“ und die Planungs- und Verwaltungspraxis gegenüber dem eher industriell geprägten Süden in mehrfacher Hinsicht bevorteilt. Anhaltspunkte dafür werden im folgendem stichwortartig zusammengetragen:

- 1.) Während in Sachsen und Thüringen kleinbäuerlicher Besitz ($\leq 100\text{ha}$) a priori dominierte, litt die Landbevölkerung im Norden vor 1945 unter den durch das ostelbische Junkertum konservierten spätf feudalen Verhältnissen. Das Ausmaß der Bodenreform war von daher in den nördlichen Regionen sehr viel größer als im Süden und führte dort zu einer spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse.³⁵ Karl Schmitt sieht in der Bodenreform und dem außerordentlich guten Abschneiden der PDS in Mecklenburg-Vorpommern bei der Volkskammerwahl 1990 einen unmittelbaren Zusammenhang: „Die PDS kann hier als Partei des Status quo der 1945/46 hergestellten Bodenbesitzverhältnisse fungiert haben.“³⁶
- 2.) Das Arbeitsangebot in den nördlichen Bezirken, das von einem hohen Anteil an geistig monotoner und körperlich schwerer Arbeit im Landwirtschaftssektor bestimmt wurde, wurde zumindest teilweise durch die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft - Ausbau des Rostocker Hafens zum Überseehafen, Entwicklung des Schiffbaus, Ausbau der Leicht- und Lebensmittelindustrie - ergänzt.³⁷
- 3.) Die Hauptlast der Reparationszahlungen an die UdSSR, die vor allem in Form von Demontagen ganzer Industrieanlagen erfolgte, wurde durch die Länder Sachsen und Thüringen erbracht.³⁸
- 4.) In den südlichen Regionen, insbesondere im Erzgebirge und in Westsachsen, war der Anteil privater Kleinbetriebe relativ hoch geblieben. Als Relikte der „überwundenen kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ wurden die privaten Gewerbetreibenden im besonderen Maße diskriminiert. Den Höhepunkt dieser Diskriminierung bildete schließlich die Enteignung vieler Kleinbetriebe und ihre Eingliederung in die Industriekombinate.³⁹

³⁴ Emmert, a.a.O., S. 32.

³⁵ Vgl. Emmert, a.a.O., S. 34 f. Der Anteil der in den Bodenfonds aufgenommenen Flächen betrug in Mecklenburg-Vorpommern 54%; in Brandenburg 41%, in der Provinz Sachsen [Sachsen-Anhalt] 33%, aber nur 24% in Sachsen und 15% in Thüringen. Siehe dazu Autorenkollektiv: Deutsche Geschichte Bd. 9, Ost-Berlin 1989, S. 129.

³⁶ Karl Schmitt: Im Osten nichts Neues? Das Kernland der deutschen Arbeiterbewegung und die Zukunft der politischen Linken, in: Wilhelm Bürklin/ Dieter Roth (Hrsg.), Das Superwahljahr: Deutschland vor unkalkulierbaren Mehrheiten?, Köln 1994, S. 185-218, hier S. 194 f.

³⁷ Vgl. Siegfried Grundmann: Territorialplanung in der DDR, in: Annette Becker (Hrsg.), Regionale Strukturen im Wandel, Opladen 1997, S. 105-146, hier S. S. 117 f. und S. 121 f.

³⁸ Emmert, a.a.O., S. 35.

³⁹ Vgl. Grundmann, a.a.O., S. 126 f.

5.) Die Industriepolitik der SED führte nicht nur zu wirtschaftlich ineffizienten Ergebnissen, sondern auch zu einer Vernachlässigung ökologischer Erfordernisse. Der Schädigungsgrad der Natur und die Häufung schadstoffbedingter Erkrankungen ballte sich vor allem im „Energiebezirk“ Cottbus, in den „Chemiebezirken“ Hallen und Leipzig sowie im Uranbergbaugebiet-Wismut im Bezirk Karl-Marx-Stadt.⁴⁰

6.) Das Wohnungsbauprogramm der DDR führte zu einer systematischen Vernachlässigung des Altbaubestandes. Entsprechend gehörten die Regionen mit einer hohen Altbauwohnsubstanz zu den Verlierern dieser Politik. So wiesen die Bezirke Karl-Marx-Stadt und Dresden mit einem geringen Neubaubestand zugleich auch den niedrigsten Anteil an Wohnungen mit Bad/Dusche, Innen-WC und moderner Heizung auf.⁴¹

Sicherlich folgten die regionalen sozioökonomischen Disparitäten nicht stringent einer Nord-Süd-Verteilung,⁴² doch gemessen an der Ausgangslage vor Gründung der DDR „profitierte der traditionelle landwirtschaftlich genutzte Norden mehr von der ‚Ideologie der Harmonisierung‘ als der bereits zu Zeiten Preußens industrialisierte Süden.“⁴³

Der DDR-interne Zentrum-Peripherie-Konflikt ist demzufolge durch den Dualismus Berlin versus restliche DDR und innerhalb dieser Rest-DDR durch den Gegensatz des landwirtschaftlich dominierten Nordens und des industriellen Südens geprägt. Erneuert wird dieser Gegensatz durch die ungleiche regionale Verteilung der Vereinigungsfolgen. Offensichtlich gelingt es den Ländern Thüringen und Sachsen, ihre traditionell hohen Wirtschaftspotentiale schneller zu reaktivieren. Gestützt wird diese These durch die Umfrageergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen.

Tabelle 3.4: „Vergleichen Sie die wirtschaftliche Situation Ihres eigenen Bundeslandes mit den übrigen neuen Ländern.“ (Prozente)

	Mecklenburg-V.	Brandenburg	Sachsen-A.	Thüringen	Sachsen
eher besser	11,7	31	19,4	37,4	62,8
keine	34,4	50,1	53,6	52,3	31,3
Unterschiede					
eher schlechter	54	18,9	27	10,3	5,9

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten der Forschungsgruppe Wahlen

⁴⁰ Vgl. zum Schädigungsgrad des Waldbestandes in den Bezirken Statistisches Bundesamt (Hrsg.): DDR 1990. Zahlen und Fakten, Wiesbaden 1990, S. 39.

⁴¹ Vgl. Grundmann, a.a.O., S. 133. Über den Verfall der Bausubstanz der Messemetropole Leipzig in der Vorwendezeit informiert sehr anschaulich: Werner Heiduczek (Essay)/ Gerhard Hopf/ Falk Brunner (Fotografien): Verfall einer Zeit. Beispiel Leipzig, Würzburg 1992.

⁴² man denke z.B. an das Obere Elbtal als ein Vorzugsgebiet im Süden der DDR oder an das in Vorpommern gelegene Problemgebiet Anklam-Angermünde Vgl. hierzu Grundmann, a.a.O., S. 142 f.

⁴³ Emmert, a.a.O., S. 35.

4. Datenanalyse⁴⁴

4.1 Hypothesen

Die oben dargestellten theoretischen Deutungsangebote zur Regionalisierung der ostdeutschen Parteien- und Wählerlandschaft lassen sich zu den folgenden Hypothesen verdichten, die ich anschließend in einer komplexen Individualdatenanalyse empirisch überprüfen werde:

H1: Die Regionalisierung der ostdeutschen Wählerlandschaft ist auf regionalspezifische Partei-Wähler-Koalitionen zurückzuführen.

An diese Hypothese lassen sich zwei Unterhypothesen anschließen:

UH1: Die regionalspezifischen Partei-Wähler-Allianzen haben sich zu stabilen Partei-Milieu-Strukturen verfestigt. Soziale Gruppeneinflüsse stützen die Wahlentscheidungen durch sozial verankerte Parteibindungen und ideologische Grundüberzeugungen ab.

UH2: Die regionalspezifischen Partei-Wähler-Allianzen sind nicht durch sozial verankerte Parteibindungen und ideologische Grundorientierungen auf Dauer gestellt, sondern durch situative Einflußfaktoren vermittelt.

H2: Die Regionalisierung der ostdeutschen Wählerlandschaft ist auf die Wirkung sozialräumlicher Lagen zurückzuführen, die sich entlang eines Nord-Süd-Gefälles in Ostdeutschland lokalisieren lassen. H3: Die Regionalisierung der ostdeutschen Wählerlandschaft ist auf situative kurzfristige Einflußfaktoren, wie Issuekompetenz-Zuschreibung oder Kandidatenorientierung, zurückzuführen.

Für B90/Grüne und die FDP konnten keine theoretischen Deutungsangebote bzgl. der Regionalisierungserscheinungen präsentiert werden. Der empirische Test der Hypothesen beschränkt sich deshalb auf die CDU, die SPD und die PDS.

4.2 Spezifikation eines Analysemodells

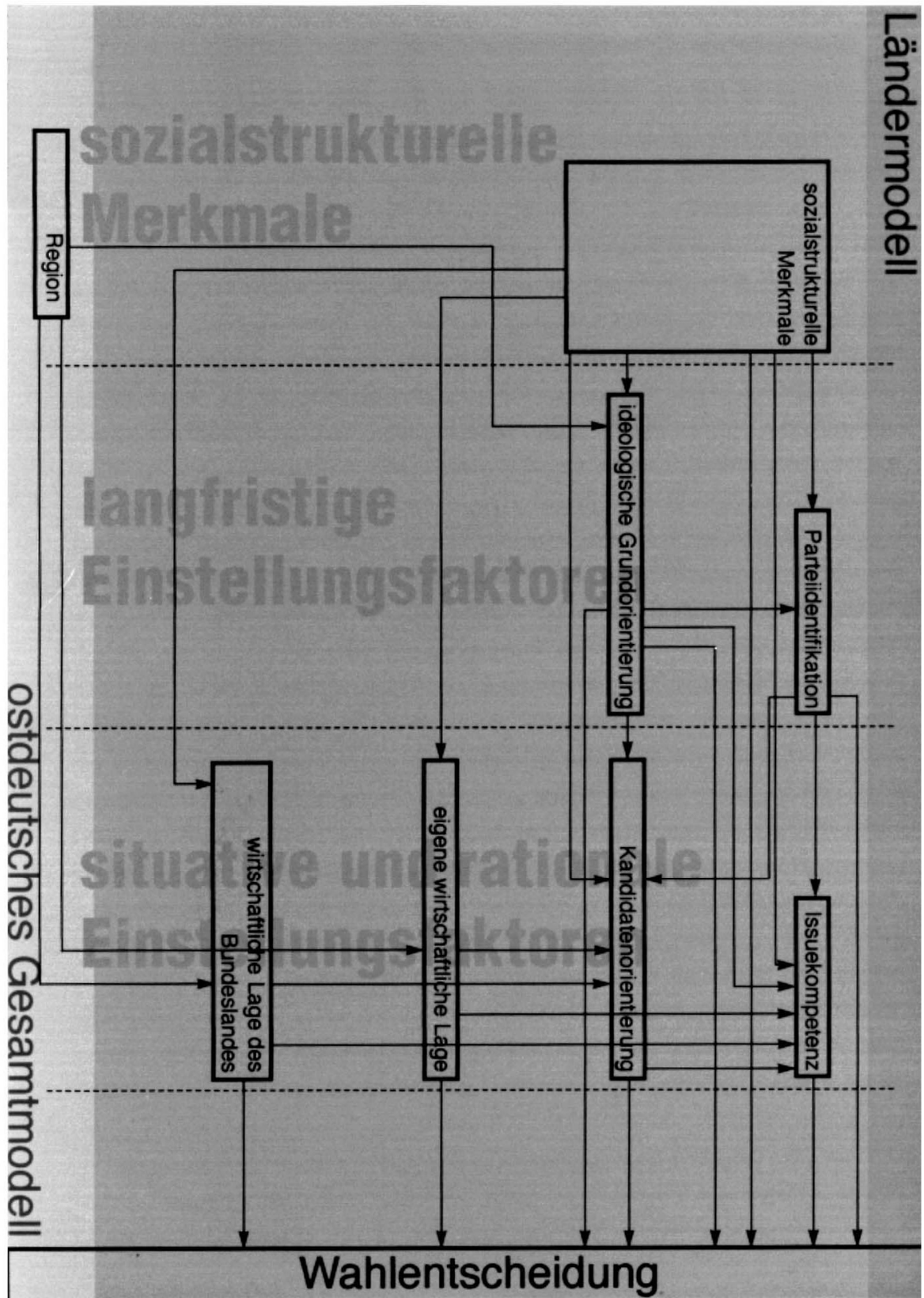
In diesem Kapitel soll nun ein geeignetes Pfadmodell spezifiziert werden, das für jede Landespartei gesondert getestet wird. Durch die Quantifizierung der Effekte⁴⁵ kann die Bedeutung jeder Variable auf die Wahlentscheidung abgeschätzt werden und die formulierten Hypothesen einem empirischen Test unterzogen werden. Entsprechend der zu prüfenden Hypothesen ist ein Modell zu konstruieren, das sowohl den Einfluß der situativen Einstellungen, der eher langfristigen allgemeineren Orientierungen und der sozialstrukturellen bzw. sozialräumlichen Kontextmerkmale auf die Wahlentscheidung simultan schätzt. Dazu ist eine Modell nötig, das als Synthese des sozialstrukturellen und des individualpsychologischen Erklärungsansatzes verstanden werden kann.⁴⁶

⁴⁴ Die Datenbasis der Analyse besteht aus 5 Datensätze der Forschungsgruppe Wahlen e.V. in Mannheim, die aus Anlaß der Landtagswahlen 1994 in den fünf neuen Ländern erhoben wurden. Die Datensätze wurden vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln unter den ZA Nr. 2507, 2508 und 2511-2513 zugänglich gemacht.

⁴⁵ Vgl. K.D. Opp/ P. Schmidt: Einführung in die Mehrvariablenanalyse, Reinbek 1976, S. 147 ff.

⁴⁶ Siehe Falter, Jürgen W./ Schumann, Siegfried/ Winkler, Jürgen: Erklärungsmodelle von Wahlverhalten, in APuZg, B37-38/1990, S. 3-13.

Abb. 4.1 Modell für die Datenanalyse



Das Analysemodell enthält vier Variablengruppen. Als exogene Variable werden die sozialstrukturellen Variablen in meinem Modell eingeführt. Kausal nachgeordnet sind ihnen in gleicher Reihung wie im klassischen Ann Arbor-Modell die langfristigen und die kurzfristigen (situativen) Einstellungsmuster. Die zu erklärende Variable ist die individuelle Wahlentscheidung.

Bei den sozialstrukturellen Merkmalen sind zwei Einflußpfade auf die Parteipräferenz zu unterscheiden: zum einen der indirekte Pfad über die langfristigen Einstellungsmuster und zum anderen der direkte oder indirekte Pfad über die situativen Einflußfaktoren. Diese beiden Pfade haben eine unterschiedliche theoretische Bedeutung. Sie spiegeln die Unterscheidung wider, die K. Schmitt bzgl. der Milieuverfestigung der DDR-Konfliktstrukturen getroffen hat: im Fall von starken Effekten der Sozialstruktur auf die langfristigen Einstellungsmuster kann von einer „sozialstrukturellen Versäulung“ in den langfristigen Einstellungsmustern gesprochen werden.⁴⁷ Für die fünf neuen Bundesländer sind derartige Einflußwirkungen nur bei den sozialen Großgruppen zu erwarten, die sich nach Aussage von K. Schmitt zu sozialmoralischen Milieus verfestigt haben. Es sind dies die konfessionell gebundenen Wähler und die Wählergruppe, die man als politische Klasse oder auch als Dienstklasse der DDR bezeichnen kann. Der zweite Einflußpfad der sozialstrukturellen Variablen erfolgt entweder direkt oder vermittelt über die situativen Einstellungsmuster auf die Wahlentscheidung. Dieses Wahlverhalten signalisiert gleiches Gruppenverhalten aufgrund gleicher *sozioökonomischer Stimuli*, nicht aber aufgrund eines „echten Gruppeneinflusses“.⁴⁸ Die „Präferenzordnung“ wird lediglich sozialstrukturell vorgeprägt; die eigentliche Wahlentscheidung folgt aber einem individuellen rationalen Kalkül. Eine solche Partei-Wähler-Allianz drückt sich nach K. Schmitt z.B. in der starken Affinität der ostdeutschen Arbeiter zugunsten der CDU aus (siehe oben), die sich aber, da sie eben nicht durch langfristig wirkende Einstellungsmuster auf Dauer gestellt ist, in absehbarer Zeit abschwächen könnte.⁴⁹

Über diese zwei potentiellen Einflußpfade der sozialstrukturellen Merkmale auf die Wahlentscheidung ist es nunmehr möglich, regionalspezifische Partei-Wähler-Allianzen zu identifizieren, sie hinsichtlich ihrer Stabilität als regional verfestigte Milieus oder eher fragile Partei-Wähler-Koalitionen zu identifizieren und ihr Einflußgewicht für die Regionalisierung der ostdeutschen Wählerlandschaft im Vergleich zu den übrigen Einflußfaktoren durch die Quantifizierung der Kausaleffekte zu bestimmen. Dadurch werden die Hypothesen H1, UH1 und UH2 einem empirischen Test unterzogen.

Die zweite Variablengruppen im Kausalmodell sind die bereits erwähnten langfristigen Einstellungsmuster. Es handelt sich hierbei um die Parteiidentifikation und die grundlegende ideologische Orientierung. Die Parteiidentifikation ist je nach ihrer sozialstrukturellen

⁴⁷ Die langfristigen Einstellungsmuster sind in diesem Fall nicht, wie im Ann Arbor-Modell postuliert, als individuellen Orientierungen, sondern als politisch relevante Gruppennormen zu interpretieren. Die sozialstrukturellen Merkmale treten in diesem Fall in ihrer Eigenschaft als Sozialisationsindikatoren auf.

⁴⁸ Siehe zu dieser Unterscheidung Bernhard Weßels, a.a.O., S. 3 ff.

⁴⁹ Der negative Trend der Stimmenanteile der CDU in der Arbeiterschaft spricht für diese These.

Prädeterminierung „originär“ oder „abgeleitet“.⁵⁰ Die Kausalstruktur zwischen diesen beiden Variablen wird durch einen unidirektionalen Kausalstrom von der ideologischen Orientierung auf die Parteiidentifikation bestimmt. Inhaltlich läßt diese Festlegung dadurch rechtfertigen, daß die ideologische Grundorientierung als ein übergeordnetes politisches Ordnungs- und Orientierungsmuster die eher spezielleren Parteiidentifikationen strukturiert, und nicht umgekehrt.

Als dritte Variablengruppe folgen die situativen Variablen. Wie im klassischen Ann Arbor-Modell handelt es sich hierbei um die Issuekompetenz-Zuschreibungen und die Kandidatenbewertung. Auch hier stellt sich wiederum das Problem, wegen der Rekursivität eine Kausalrichtung festzulegen. Anders als bspw. Rattinger, der sich noch an dem „Idealtyp des ‚rationalen‘ Wählers“⁵¹ orientierte, plädiere ich dafür, die Issuekompetenz auf die Kandidatenorientierung zurückzuführen. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß die in der Literatur immer wieder herausgestrichene Bedeutung der Kandidatenbewertung für die Wahlentscheidung in Brandenburg und Sachsen („Präsidential-Plebizite“), durch die Modellspezifikation abgeschwächt wird. Über die Bestimmung der Kausaleffekte dieser beiden situativen Variablen wird schließlich die Hypothese H3 (Regionalisierung durch situative Einstellungsmuster) getestet. Sollte sich als Ergebnis der Analyse zeigen, daß die situativen Einflußgrößen, die, wie oben gezeigt wurde, stark mit den Wahlergebnissen korrespondieren, auf der Individualebene den stärksten Einfluß auf die Wahlentscheidung ausüben, dann kann die Hypothese H3 als verifiziert gelten.

Zusätzlich zu den klassischen situativen Variablen, der Issuekompetenz und der Kandidatenorientierung, wurden die subjektiven Bewertungen der eigenen wirtschaftlichen Lage und die des jeweiligen Bundeslandes als Indikatoren der am materiellen Wohlergehen orientierten rationalen Einstellungsmuster in das Modell aufgenommen. Als rationale Kalküle beeinflussen sie wie die affektiv-emotionalen und normativ-weltanschaulichen Einstellungsmuster die Wahlentscheidung direkt oder indirekt über die Issuekompetenz und die Kandidatenorientierung. Wie die langfristigen Faktoren und die klassischen situativen Variablen werden auch diese beiden Einflußgrößen von den sozialstrukturellen Merkmalen prädeterminiert.

Dieses Modell wird nun für die Parteien in allen fünf neuen Ländern getestet. Der Einfluß des Nord-Süd-Gegensatz kann nur sinnvoll in einem Gesamtmodell geschätzt werden, das wiederum für jede Partei getrennt berechnet wird. Dazu wird eine regionale Kontextvariable eingeführt, die die sozialräumlichen Lagen nach dem unterstellten Nord-Süd-Gefälle operationalisiert. Entsprechend der Annahme, daß sich der DDR-interne Zentrum-Peripherie-Konflikt aus den regionalspezifischen

⁵⁰ Diese begriffliche Unterscheidung wurde von Manfred Berger eingeführt. Die eigentlichen Identifikationen im individualpsychologischen Sinne des ursprünglichen Konzepts nennt er „originäre Parteiidentifikationen“ und bezeichnet die Identifikationen, die auf wirksame Gruppenbindungen (Kirchen, Gewerkschaften etc.) zurückzuführen sind, „abgeleitete Parteiidentifikationen“. Vgl. Jürgen W. Falter: Einmal mehr läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?, PVS 18. Jg. 1977, S. 477-500, hier S. 497.

⁵¹ Hans Rattinger: Parteinähe, Sachfragen- und Kandidatenorientierung in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1992, in: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, Wolfgang Jagodzinski (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt a. M. 1994, S.267-315, hier S. 293.

Disparitäten der DDR-Vergangenheit herleitet, aber zunehmend durch die regional verschieden ausfallenden Vereinigungsfolgen aktualisiert wird, soll die Hypothese H2 über zwei intervenierende Variablen getestet werden: erstens durch den Einfluß der regionalen Kontextvariable auf die Wahlentscheidung über die *ideologische Grundorientierung* und zweitens den Einfluß auf die Wahlentscheidung über die *subjektiven Bewertungen der eigenen wirtschaftlichen Lage* und *die des jeweiligen Bundeslandes*. Dabei wird unterstellt, daß Bewohner der nördlichen Bundesländer aufgrund der oben geschilderten regionalen Bevorteilungen zu DDR-Zeiten eher zu ideologischen Grundorientierungen tendieren, die die Wahl linker Parteien wahrscheinlich machen, und daß Bewohner der nördlichen Regionen die eigene wirtschaftliche Lage und die ihres Bundeslandes schlechter beurteilen als die in den südlichen Bundesländern und vermittelt über diese beiden Variablen eher zu linken Parteien tendieren.

Die konkreten Operationalisierungen der hier verwendeten Variablen folgen den in der Wahlsoziologie allgemein üblichen Operationalisierungen. Lediglich für die ideologische Grundorientierung konnte wegen der Datenlage nicht auf den traditionellen Indikator zurückgegriffen werden. Statt der Links-Rechts-Orientierung mußte die Variable „Bewertung des politischen Systems“ verwendet werden.⁵² Die Fragestellung lautet: „Bei der ersten freien Wahl in der DDR haben sich die Bürger für die Einführung einer politischen Ordnung nach westlichem Muster entschieden. 1. War diese Entscheidung im großen und ganzen richtig, 2. War sie falsch? Theoretisch läßt sich der Rückgriff auf diese Variable dadurch rechtfertigen, daß diese Variable den „spezifisch ostdeutschen, normativ-weltanschaulichen Grundkonflikt in der ehemaligen DDR-Bevölkerung [mißt], der den Einstellungen zu den Parteien auch heute noch zugrunde liegt...“⁵³ Diese Konfliktlinie trennt die Befürworter von Marktwirtschaft und westlicher Parteiendemokratie und die Skeptiker bzw. Sozialismusbefürworter.

Ansonsten ist anzumerken, daß als „Startvariablen“ neben Alter und Geschlecht Variablen der Sozialstruktur benutzt wurden, die genau jene makrosozialen Gruppen beschreiben, die sich in der Konfliktstruktur der neuen Länder verorten lassen:

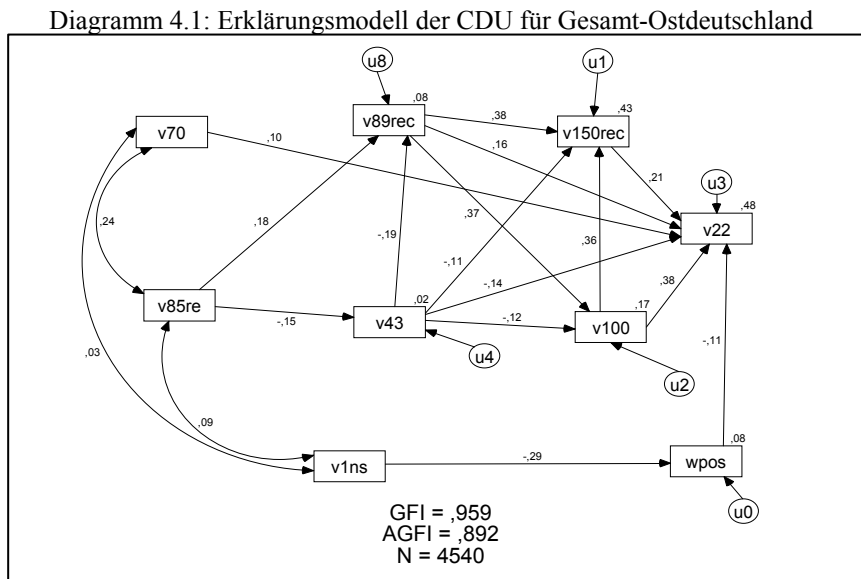
- die Schulbildung als Ausdruck des ererbten sozioökonomischen Konflikts zwischen der sozialistischen Elite und den deprivilegierten Schichten.
- die Gewerkschaftsnähe als Ausdruck des sozioökonomischen Konflikts nach westdeutschem Muster.
- die formale Kirchengliederung als Indikator des Kirche-Staat-Konflikts in der ehemaligen DDR.
- die Ortsgröße zur Erfassung von Stadt-Land-Unterschieden.
- und die Region zur Kontrolle des DDR-internen Zentrum-Peripherie-Konflikts.

⁵² Auch Emmert und Roth, die ebenfalls Daten der Forschungsgruppe Wahlen verwenden, benutzen u.a. diese Variable zu Bestimmung der ideologischen Grundorientierung, vgl. Thomas Emmert/ DieterRoth: Zur Wahlsoziologischen Bedeutung eines Modells sozialstrukturell verankerter Konfliktlinien im vereinten Deutschland, in: Historical Social Research, Vol. 20, 2/1995, S. 119-160, hier S. 140.

⁵³ Henry Kreikenbom: Nachwirkungen der SED-Ära. Die PDS als Katalysator der Partei- und Wählerpräferenz in den neuen Bundesländern, in: ZParl, 1/98, S. 24-46, hier S. 25.

4.4 Pfadanalytische Modelle ⁵⁴

4.4.1 Modelle zur Erklärung der Wahl der CDU in den neuen Bundesländern



Legende: v70=Alter, v85re=Kirchenmitgliedschaft, v1ns=Region, v43=Beurteilung der westlichen Demokratie, v89rec=Intensität der CDU-Parteiidentifikation, v100=Kandidatenorientierung, v150rec=CDU-Issue-Kompetenz, wpos=Einschätzung der wirt. Lage des Bundeslandes, v22=CDU-Skalometer

Das erste Pfaddiagramm repräsentiert das Gesamtmodell zur Erklärung der Wahl der CDU in Ostdeutschland. Mit $R^2=.48$ erklärt das Modell einen akzeptablen Anteil der Gesamtvarianz. Wie vermutet übt die formale Kirchengliederung einen, wenn auch nur moderaten, Effekt auf die CDU-Parteiidentifikation aus. In ähnlicher Weise strukturiert die Kirchengliederung die Einstellung zum politischen System: kirchlich gebundene Wähler akzeptieren eher als andere die „westliche Demokratie“. Diese positive ideologische Grundhaltung fördert die Affinität zur CDU direkt und vermittelt über die kausal nachgestellten Prädiktoren.⁵⁵ Ihren stärksten Einfluß übt die ideologische Grundorientierung auf die Parteiidentifikation aus. Die CDU-Parteiidentifikation speist sich somit aus zwei Quellen. Sie ist zum einen sozialstrukturell im Kirchen-Milieu verankert und wird zum anderen von einer pro-westlichen und pro-marktwirtschaftlichen Grundhaltung abgestützt, die ihrerseits in kirchlichen Kreisen stärker verbreitet ist als anderswo. Diese Kohärenz von Sozialstruktur, Gruppenidentifikation und Überzeugungsmuster kennzeichnet den Milieu-Charakter der CDU-Kernwählerschaft in Ostdeutschland. Die These von K. Schmitt, daß sich der Staat-Kirche-Konflikt in Milieu-Strukturen verfestigt hat, wird durch die Daten bestätigt.

⁵⁴ An dieser Stelle kann nur eine beschränkte Auswahl an Ländermodellen präsentiert werden. Zudem können in den dargestellten Modellen nicht alle postulierten Einflüsse ausführlich diskutiert werden. Der geneigte Leser wird deshalb auf folgende Quelle verwiesen: Tilo Görl: Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern, Diplomarbeit, Potsdam 1998.

Zu beachten ist auch, daß in den Pfaddiagrammen nur diejenigen Effekte ausgewiesen werden, die bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 95% signifikant und aufgrund ihres Betrages „relevant“ sind ($\beta > .10$).

⁵⁵ Die negativen Pfadkoeffizienten ergeben sich durch die Konstruktion der Variable „Beurteilung der westlichen Demokratie“

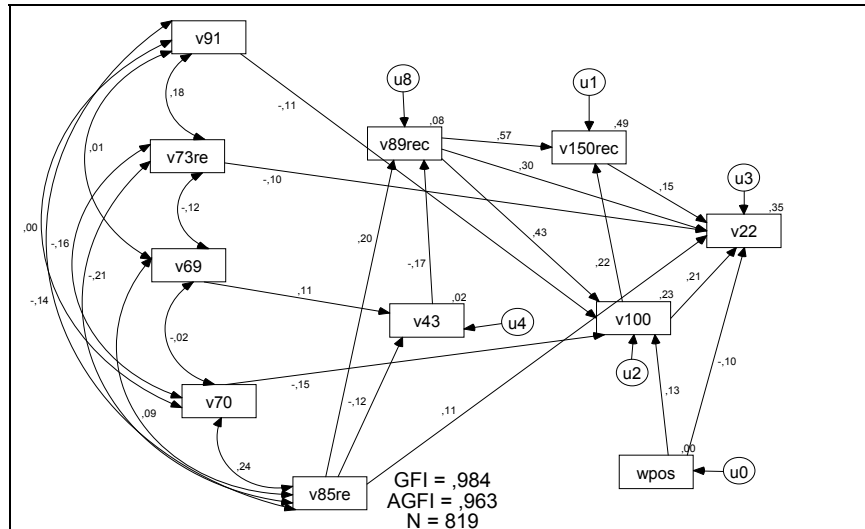
Gemäß der Annahmen des Ann Arbor-Modells werden die Issuekompetenz und die Kandidatenorientierung deutlich von der Parteiidentifikation prädeterniert. Der direkte Effekt der Parteiidentifikation auf die CDU-Sympathie ist dagegen relativ klein. Die stärksten direkten Effekte auf die CDU-Sympathiebewertung⁵⁶ gehen von der Kandidatenorientierung und der Issuekompetenz-Einschätzung aus; wobei nach unserer Modellspezifikation die Kandidatenorientierung zusätzlich auch die Issuekompetenz prädeterniert. Zwei weitere Prädiktoren, das Alter und die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Bundeslandes, beeinflussen die Wahlabsicht direkt. Beide Effekte liegen nur knapp oberhalb der Relevanzgrenze. Ihre Kausalrichtung entspricht den Erwartungen: mit steigendem Alter erhöht sich die Tendenz zur CDU-Wahl; mit schlechterer Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Bundeslandes verringert sich die CDU-Wahlabsicht. Die Bewertung der wirtschaftlichen Lage des Bundeslandes wird durch die Region bestimmt. Sie folgt der Nord-Süd-Richtung: mit zunehmender „Süd-Lage“ steigt die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Position des eigenen Bundeslandes.

In Tabelle 4.1 sind die direkten und die Gesamteffekte zusammengetragen. Aufgrund der Stärke des direkten und des Gesamteffekts ist die Kandidatenorientierung der wichtigste Prädiktor für die CDU-Wahlabsicht in Ostdeutschland. Nach der Höhe der Gesamteffekte folgen die langfristigen Einstellungsmuster - die Intensität der CDU-Parteiidentifikation und die Bewertung des politischen Systems. Die für die Hypothese H2 relevante Testgröße, die Variable Region, übt nur einen sehr mäßigen Gesamteffekt auf die Wahlabsicht aus. Somit kann zumindest für die CDU die regionale Differenzierung ihrer Erfolgchancen nicht auf einen ererbten DDR-internen Zentrum-Peripherie-Gegensatz zurückgeführt werden.

Dieses Muster ist mit Ausnahme in Brandenburg (und Sachsen-Anhalt) in allen übrigen Neuen Bundesländern zu beobachten. In *Brandenburg* wird die CDU-Parteiidentifikation wie im Gesamtmodell durch die formale Kirchengliederung und die ideologische Grundorientierung strukturiert. Es fällt auf, daß von der Bewertung des politischen Systems auf die übrigen Prädiktoren und auf die Wahlabsicht keine direkten Effekte ausgehen, aber all diese Größen können stärker noch als im Gesamtmodell auf die Parteiidentifikation zurückgeführt werden. Die Parteiidentifikation spielt in diesem Erklärungsmodell die zentrale Rolle. Zusammen mit dem desolaten CDU-Wahlergebnis in Brandenburg deutet das Muster des Erklärungsmodells daraufhin, daß sich die brandenburgische CDU lediglich auf ihre milieuverfestigte Kernwählerschaft (20%-Turm) stützen kann. Entsprechend sind die affektiv emotionalen CDU-Bindungen wichtiger als die „rationalen“ Einstellungsmuster, die Kompetenzzuschreibung und die Kandidatenorientierung, von denen nur mäßige Effekte auf die CDU-Wahlabsicht ausgehen. Die These vom Personalplebiszit kann zumindest für die CDU nicht bestätigt werden.

⁵⁶ Hinfert wird die Parteisympathie mit der Wahlabsicht begrifflich gleichgesetzt.

Diagramm 4.2: Erklärungsmodell der CDU für Brandenburg



Legende: v91=Ortsgröße, v73re=Schulabschluß, v69=Geschlecht, v70=Alter, v85re=Kirchenmitgliedschaft, v43=Beurteilung der westlichen Demokratie, v89rec=Intensität der CDU-Parteiidentifikation, v100=Kandidatenorientierung, v150rec=CDU-Issue-Kompetenz, wpos=Einschätzung der wirt. Lage des Bundeslandes, v22=CDU-Skalometer

Die Hypothese H3 (Regionalisierung durch situative Einstellungsmuster) kann für die Länder *Mecklenburg*, *Sachsen* und *Thüringen* als verifiziert gelten. Die Kandidatenorientierung ist in diesen Ländern der stärkste Prädiktor. Es ist deshalb davon auszugehen dass die Kandidatenorientierung, deren regionale Streuung im Kap... berichtet wurde, tatsächlich für das regional unterschiedliche Abschneiden der CDU in diesen Ländern verantwortlich gemacht werden kann. Zugespitzt formuliert: die Regionalisierung der CDU-Wahlergebnisse geht vor allem auf die regional variierende Profilierung des Führungspersonals der CDU in Ostdeutschland zurück.

Für Brandenburg ist dagegen die Hypothese H1 (Regionalisierung durch regionale Partei-Wähler-Allianzen) gültig. Die brandenburgische CDU befindet sich wegen der Spezifik ihrer Partei-Wähler-Koalition in einem 20%-Turm. Da es sich hierbei aufgrund der sozialstrukturell verankerten Parteibindungen um eine stabile Partei-Milieu-Bindung zu handeln scheint, kann außerdem die Unterhypothese UH1 (Regionalisierung durch regionale Partei-Milieu-Bindungen) als bestätigt gelten. *Sachsen-Anhalt* nimmt eine Art Zwischenstellung ein. Nach den Gesamteffekten dominiert leicht das Einflußgewicht der Parteiidentifikation. Verglichen mit Sachsen ist der Effekt der Kandidatenorientierung aber mindestes ebenso stark und verglichen mit Brandenburg sogar deutlich stärker.

Tab. 4.1: Determinanten der Wahl der CDU in den fünf neuen NBL: Gesamteffekte
(standardisierte Pfadkoeffizienten)

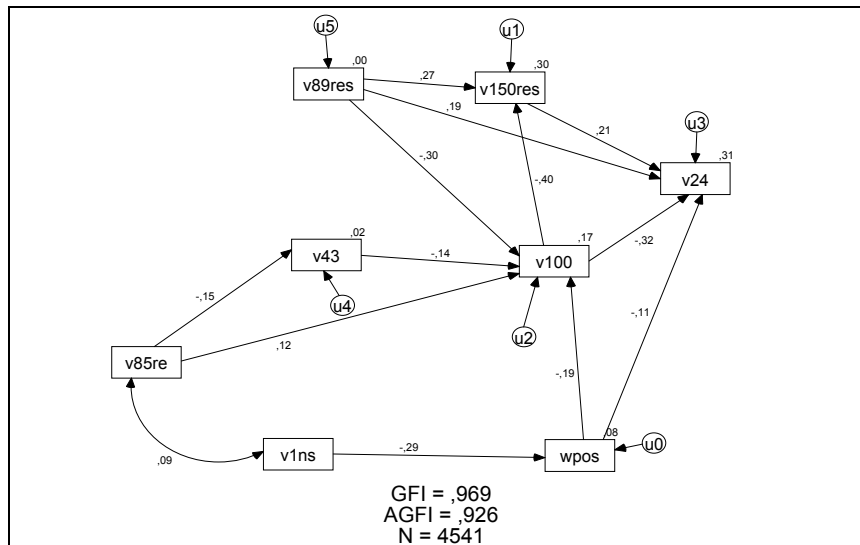
	Ostdeutschland	M.-V.	Brbrg.	Sa.-Anh.	Thür.	Sachsen
Kandidatenorientierung	0,46	0,45	0,24	0,40	0,52	0,39
Issuekompetenz	0,21	0,22	0,15	0,17	0,26	0,23
Parteiidentifikation	0,41	0,44	0,49	0,44	0,38	0,34
Bew. pol.System	-0,27	-0,26	-0,08	-0,30	-0,36	-0,21
Eigene wirt. Lage				-0,06	-0,04	-0,05
Wirt. Lage d. BL	-0,11	-0,11	-0,07	-0,03	-0,05	-0,19
Schulabschluß			-0,10	0,01		-0,17
Kirchenzugehörigkeit	0,12	0,10	0,22	0,14	0,10	0,10
Gewerkschaftsnähe					-0,07	
Region	0,03					
Ortsgröße		-0,09	-0,03		-0,05	
Alter		0,10	-0,04	0,12		0,01
Geschlecht			-0,01			-0,06

Tab.4.2: Determinanten der Wahl der CDU in den fünf NBL: Direkte Effekte
(standardisierte Pfadkoeffizienten)

	Ostdeutschland	M.-V.	Brbrg.	Sa.-Anh.	Thür.	Sachsen
Kandidatenorientierung	0,38	0,38	0,21	0,35	0,4	0,32
Issuekompetenz	0,21	0,22	0,15	0,17	0,26	0,23
Parteiidentifikation	0,16	0,18	0,3	0,2	0,14	0,12
Bew. pol.System	-0,14	-0,16		-0,19	-0,2	-0,1
Eigene wirt. Lage						
Wirt. Lage d. BL	-0,11		-0,1			-0,16
Schulabschluß			-0,1			-0,14
Kirchenzugehörigkeit			0,11			
Gewerkschaftsnähe						
Region						
Ortsgröße						
Alter	0,1	0,1		0,11		
Geschlecht						

4.4.2 Modelle zur Erklärung der Wahl der SPD in den neuen Bundesländern

Diagramm 4.3: Erklärungsmodell der SPD für Gesamt-Ostdeutschland



Legende: v85re=Kirchenmitgliedschaft, v1ns=Region, v43=Beurteilung der westlichen Demokratie, v89res=Intensität der SPD-Parteiidentifikation, v100=Kandidatenorientierung, v150res=SPD-Issue-Kompetenz, wpos=Einschätzung der wirt. Lage des Bundeslandes, v24=SPD-Skalometer

Das ostdeutschen Gesamtmodell erklärt die SPD-Wahlabsicht zu 31%. Wie vermutet ist der Einfluß der sozialstrukturellen Faktoren marginal. Der nicht vorhandene Einfluß der Gewerkschaftsnähe stimmt mit den oben skizzierten theoretischen Überlegungen überein, daß die klassische sozioökonomische Konfliktlinie noch keinen Einfluß auf die SPD-Wahlabsicht hat und sich noch kein sozialdemokratisches Arbeitnehmersmilieu konstituiert hat. Dies wird durch die Unabhängigkeit der SPD-Parteiidentifikation von sozialstrukturellen Einflüssen illustriert. Die SPD-Parteiidentifikationen können deshalb als weitestgehend „originär“ gelten.⁵⁷

Als einziges sozialstrukturelles Merkmal beeinflusst die formale Kirchenmitgliedschaft über die ideologische Grundorientierung und die Kandidatenbewertung die Wahrscheinlichkeit einer SPD-Wahl geringfügig negativ. Bzgl. der ideologischen Grundorientierung wirkt sich eine ablehnende Haltung gegenüber dem westlichen politischen System nur schwach positiv auf die SPD-Affinität aus. Verglichen mit den Pfadkoeffizienten in den CDU-Modellen und den weiter unten berichteten Pfadkoeffizienten in den PDS-Modellen ist die SPD in der politisch-ideologischen Orientierung eher indifferent. Sie nimmt im normativ-weltanschaulichen Grundkonflikt, der in Ostdeutschland parteipolitisch durch die CDU und die PDS aufgespannt wird, eine Art Zwischenposition ein.⁵⁸

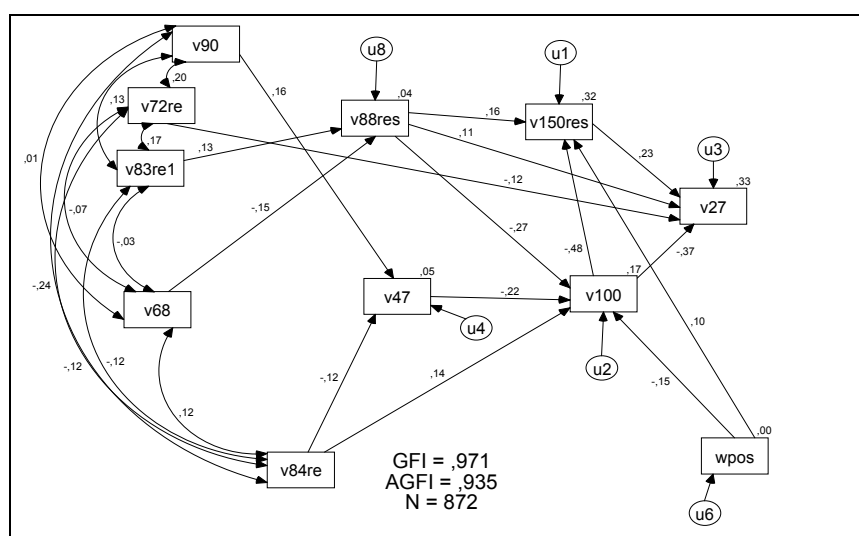
Wie bei der CDU sind die drei wichtigsten Determinanten in abnehmender Reihenfolge die Kandidatenorientierung, die Parteiidentifikation und die Issuekompetenz. Die Variable Region übt über die postulierten Einflußpfade (Wahrnehmung der wirtschaftlichen Prosperität) einen zu geringen Gesamteffekt auf die SPD-Wahlabsicht aus, als daß sie das Nord-Süd-Gefälle der SPD erklären könne.

⁵⁷ Zur Unterscheidung von „originärer“ und „abgeleiteter“ Parteiidentifikation siehe Fußnote 50.

⁵⁸ Vgl. Kreikenbom, a.a.O., S. 40.

Diagramm 4.4: Erklärungsmodell der SPD für Thüringen

Abweichungen von diesem Muster in Form schwach „abgeleiteter“ Parteiidentifikationen findet man



Legende: v90=Ortsgröße, v72re=Schulabschluß, v83re1=Gewerkschaftsnähe, v68=Geschlecht, v84re=Kirchenmitgliedschaft, v47=Beurteilung der westlichen Demokratie, v88res=Intensität der SPD-Parteiidentifikation, v100=Kandidatenorientierung, v150res=SPD-Issue-Kompetenz, wpos=Einschätzung der wirt. Lage des Bundeslandes, v27=SPD-Skalometer

lediglich in *Thüringen* und auch in *Sachsen-Anhalt* vor. Die Intensität der SPD-Parteiidentifikationen wächst hier mit der Gewerkschaftsnähe. Dieser Effekt kann nach den oben skizzierten theoretischen Vorüberlegungen als ein „echter“ Gruppeneinfluß interpretiert werden. In Thüringen und in Sachsen-Anhalt scheinen die Gewerkschaften als Vermittlungsinstanz einer sozialdemokratischen Wahlnorm zumindestens ansatzweise zu fungieren. Hierin aber ein Indiz für ein regionales sozialdemokratisches Milieu zu erblicken, scheint mir in Anbetracht der geringen Effektstärken der Gewerkschaftsnähe übertrieben. Vergleicht man die Gesamteffekte der Prädiktoren, so tritt die Bedeutung Gewerkschaftsnähe für die SPD-Wahlabsicht deutlich hinter die der attitudinalen Prädiktoren zurück.

Wie sind nun die Hypothesen im Lichte der empirischen Befunde zu bewerten? Betrachtet man ausschließlich die direkten Effekte⁵⁹, so sind die situativen Einflußfaktoren in allen Ländern die wichtigsten Größen. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen ist dies die Kandidatenorientierung, in Mecklenburg-Vorpommern die Issuekompetenz. Summiert man die direkten und die indirekten Effekte zu den Gesamteffekten auf, verschiebt sich das Bild. Nach den Gesamteffekten ist die Kandidatenorientierung in Brandenburg, Sachsen und Thüringen der wichtigste Einflußfaktor. Deshalb ist davon auszugehen, daß die bessere Bewertung Stolpes gegenüber seinem Herausforderer der SPD in Brandenburg tatsächlich am meisten „genutzt“ und die schlechtere Bewertung der SPD-Herausforderer gegenüber den amtierenden Ministerpräsidenten in Thüringen und Sachsen auch am meisten „geschadet“ hat. Die Hypothese H3 (Regionalisierung durch situative Einstellungsmuster) kann für diese Länder als verifiziert gelten.

⁵⁹ Siehe Tabelle 4.3.

In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist nach den Gesamteffekten die wichtigste Einflußgröße die Parteiidentifikation, also die affektiv-emotionalen Parteibindungen. Die Hypothese H3 muß nach dem härteren Kriterium der Gesamteffekte als falsifiziert gelten. Da sich aber die SPD-Parteiidentifikationen in diesen beiden Ländern kaum auf soziale Gruppeneinflüsse zurückführen lassen, muß auch die H1 (Regionalisierung durch regionale Partei-Wähler-Allianzen) bzw. UH1 (Regionalisierung durch regionale Partei-Milieu-Bindungen)) zurückgewiesen werden.⁶⁰

Tab.4.3: Determinanten der Wahl der SPD in den fünf neuen NBL: Gesamteffekte (standardisierte Pfadkoeffizienten)

	Ostdeutschland	M.-V.	Brbrg.	Sa.-Anh.	Sachsen	Thür.
Kandidatenorientierung	-0,40	-0,30	-0,40	-0,32	-0,34	-0,48
Issuekompetenz	0,21	0,26	0,21	0,17	0,15	0,22
Parteiidentifikation	0,37	0,34	0,39	0,38	0,28	0,27
Bew. pol.System	0,06		0,10	-0,13	0,06	0,10
Eigene wirt. Lage				0,06	0,07	
Wirt. Lage d. BL	-0,05	-0,09	-0,10	0,04	-0,12	0,09
Schulabschluß		-0,01	0,04	-0,01	-0,01	-0,12
Kirchenzugehörigkeit	-0,06	-0,04	-0,01	0,02	-0,08	-0,08
Gewerkschaftsnähe				0,04		0,04
Region	0,01					
Ortsgröße		0,05	0,04	0,04		0,02
Alter		0,10	0,06	-0,01	0,11	
Geschlecht			0,01		0,12	-0,04

Tab.4.4: Determinanten der Wahl der SPD in den fünf NBL: Direkte Effekte (standardisierte Pfadkoeffizienten)

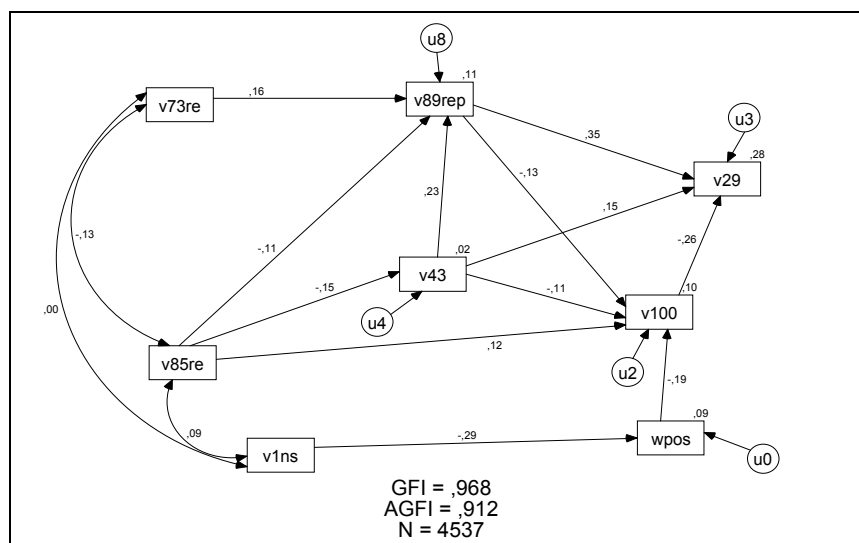
	Ostdeutschland	M.-V.	Brbrg.	Sa.-Anh.	Sachsen	Thür.
Kandidatenorientierung	-0,32	-0,21	-0,34	-0,26	-0,29	-0,37
Issuekompetenz	0,21	0,26	0,21	0,17	0,15	0,22
Parteiidentifikation	0,19	0,2	0,21	0,22	0,18	0,11
Bew. pol.System				-0,17		
Eigene wirt. Lage						
Wirt. Lage d. BL	-0,11	-0,14	-0,1		-0,12	
Schulabschluß						-0,12
Kirchenzugehörigkeit						
Gewerkschaftsnähe						
Region						
Ortsgröße						-0,1
Alter		0,1			0,12	
Geschlecht					0,14	

4.4.3 Modelle zur Erklärung der Wahl der PDS in den neuen Bundesländern

Diagramm 4.5: Erklärungsmodell der PDS für Gesamt-Ostdeutschland

⁶⁰ Nach dem weniger hartem Kriterium der direkten Effekte würde auch hier die Hypothese H3 als verifiziert gelten.

Die zentrale Rolle im PDS-Modell spielt die Parteiidentifikation. Ihr direkter Kausaleffekt ist bei



Legende: v73re=Schulabschluß, v85re=Kirchenmitgliedschaft, v1ns=Region, v43=Beurteilung der westlichen Demokratie, v89rep=Intensität der PDS-Parteiidentifikation, v100=Kandidatenorientierung, wpos=Einschätzung der wirt. Lage des Bundeslandes, v29=PDS-Skalometer

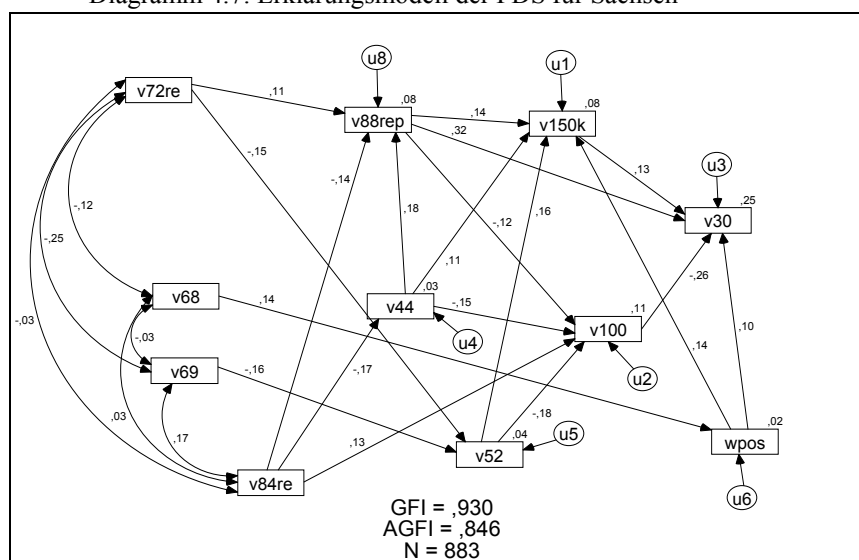
keiner anderen Partei stärker. Dies charakterisiert die PDS als eine typische Milieu-Partei. Kurzfristigen situativen Variablen kommt dagegen nur eine untergeordnete Bedeutung zu und auch das vermeintlich „rationale“ Motiv, die PDS aus Gründen wirtschaftlicher Deprivation zu wählen, zeigt sich im Modell nicht.⁶¹ Als einziger „ökonomischer“ Einflußfaktor greift lediglich die Bewertung der wirtschaftlichen Lage des eigenen Bundeslandes, vermittelt über die Kandidatenorientierung. Dieser Einflußfaktor und die ideologische Grundorientierung nehmen nach der These vom Zentrum-Peripherie-Konflikt eine prominente Stellung ein. Wie dem Pfadmodell zu entnehmen ist, kann die politisch ideologische Grundorientierung nicht auf die Variable Region zurückgeführt werden. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und die Variable Region stehen dagegen in einem engen Zusammenhang. Der Koeffizient des zusammengesetzten Effekts von der Variable Region auf die PDS-Wahlabsicht ist aber zu bedeutungslos, als daß die Regionalisierung der Wahlchancen der PDS auf das in Nord-Süd-Richtung verlaufende perzipierte Wirtschaftsgefälle in den neuen Bundesländern zurückgeführt werden könne. Die Zentrum-Peripherie-Hypothese (H1) zur Erklärung der Regionalisierung der politischen Landschaft muß deshalb auch für die PDS als falsifiziert gelten.

Hervorzuheben ist der Einfluß der Qualifikation und der formalen Mitgliedschaft in einer Kirche. Beide Variablen strukturieren die Intensität der PDS-Parteiidentifikation. Mit höherer Qualifikation

⁶¹ Entgegen der weitverbreiteten Annahme, daß die PDS ihr Wählerpotential vor allem aus dem Heer der Arbeitslosen oder der sozialen Schwachen schöpft ergaben Studien, daß die Einkommenssituation der PDS-Wähler eher überdurchschnittlich ist. Vgl. Markus Klein/ Claudio Caballero: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994, in: PVS, 37. Jg. (1996), Heft 2, S. 229-247, hier S. 240 ff. „So wird ausgerechnet die PDS von Ostdeutschen als „ostdeutsche FDP“, als Partei der ostdeutschen Besserverdienenden“, charakterisiert.“ Zitat bei Ute Schmidt: Sieben Jahre nach der Einheit. Die ostdeutsche Parteienlandschaft im Vorfeld der Bundestagswahlen 1998, in: APuZg, B 1-2/98, S. 37-53. S. 51.

Zwei Ländermodelle, das für Thüringen und das für Sachsen weichen deutlich vom Muster des Gesamtmodells ab. Zu *Thüringen* sind zwei wesentliche Punkte hervorzuheben. Erstens, die Kandidatenorientierung und die Bewertung des politischen Systems sind nach den Pfadkoeffizienten der Gesamteffekte mindestens ebenso wichtig wie die Parteiidentifikation. Zweitens, die Parteiidentifikationen sind weniger stark sozialstrukturell verankert als in den übrigen Bundesländern, was nicht nur an den Effekten auf die Parteiidentifikation sichtbar wird, sondern sich auch in einer geringeren Varianzaufklärung manifestiert. Lediglich die formale Kirchenzugehörigkeit übt einen schwachen Kausaleffekt auf die PDS-Parteiidentifikation aus. Diese zwei landesspezifischen Abweichungen vom Grundmuster scheinen ursächlich für die strukturelle Schwäche der thüringischen Landes-PDS zu sein; denn gerade der im Vergleich zu den übrigen Parteien stärkere Effekt sozialstrukturell verankerter Parteiidentifikationen kennzeichnet ja die stärkere Bindungskraft und höhere Mobilisierungsfähigkeit gegenüber den anderen Parteien in Ostdeutschland. Offenbar ist es aber der thüringischen PDS nicht gelungen ihre „traditionelle“ Kernklientel affektiv-emotional zu binden.

Diagramm 4.7: Erklärungsmodell der PDS für Sachsen



Legende: v72re=Schulabschluss, v68=Geschlecht, v69=Alter, v84re=Kirchenmitgliedschaft, v44=Beurteilung der westlichen Demokratie, v88rep=Intensität der PDS-Parteiidentifikation, v100=Kandidatenorientierung, v52=Einschätzung der eigenen wirt. Lage, wpos=Einschätzung der wirt. Lage des Bundeslandes, v150k=PDS-Issue-Kompetenz, v30=PDS-Skalometer

Die sächsische PDS verkörpert recht anschaulich die programmatische Heterogenität der PDS, die sich zwischen „ideologisch restaurativ“⁶³ und einem „sozialen und linksliberalen Pragmatismus“⁶⁴ bewegt. Besonders die regionale PDS-Elite in Sachsen ist ob ihrer „Sozialdemokratisierung“ bekannt. Charakteristisch für diese Position ist die Annäherung an linke sozialdemokratische Positionen, die Bejahung der Marktwirtschaft mit staatsinterventionistischer Regulierung und eine pragmatische

⁶³ Michael Brie: Das politische Projekt PDS - eine unmögliche Möglichkeit. Die ambivalenten Früchte eines Erfolgs, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.), Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 9-38, hier S. 29.

⁶⁴ Vgl. ebda.

parlamentarische Arbeit auf lokaler und regionaler Ebene.⁶⁵ Das sächsische Ländermodell der PDS läßt sich in diesem Sinne deuten. Der „politische Pragmatismus“ der sächsischen PDS spiegelt sich in folgenden Punkten wieder: erstens in einem relativ hohen Gewicht der Indikatoren des materiellen Wohlergehens, zweitens in einer geringeren Bedeutung der politisch ideologischen Grundorientierung und drittens in einem Effekt der Issuekompetenz auf die PDS-Wahlabsicht, der in keinem anderen PDS-Ländermodell ermittelt wurde. Allerdings geht, wie dem Modell zu entnehmen ist, die programmatische Öffnung der sächsischen PDS zu Lasten der Mobilisierungsfähigkeit des PDS-Kernklientels; denn wie das Modell zeigt, sind die Parteiidentifikationen weniger sozialstrukturell verankert als in den übrigen Bundesländern, mit Ausnahme Thüringens. Besonders der positive Effekt der formalen Qualifikation auf die PDS-Parteiidentifikation fällt kaum ins Gewicht. Der Gesamteffekt der Qualifikation wird zudem durch den Einfluß über das „rationale ökonomische“ Kalkül abgeschwächt.⁶⁶ Die Ursache für die strukturelle Schwäche der sächsischen PDS könnte daher ähnlich gelagert sein wie in Thüringen.

Wie bereits in diesem Kapitel angesprochen und analog zu den übrigen Parteien muß die Hypothese H1, die Verantwortlichkeit eines ererbten DDR-internen Zentrum-Peripherie-Konflikts für die Regionalisierung der politischen Landschaft in den neuen Bundesländern, auch für die PDS zurückgewiesen werden. Anhand der Analyseergebnisse konnte die theoretische Erwartung bestätigt werden, daß es sich bei der PDS um eine klassische „Bindungspartei“ - eine Milieupartei - handelt. Dies konnte an drei Punkten festgemacht werden. Erstens die Parteiidentifikationen sind wie bei keiner anderen Partei sozial verankert und ideologisch abgestützt; zweitens situative und „rationale“ Einstellungsmuster spielen nur eine bescheidene Rolle; drittens langfristige Einstellungsmuster, wie Parteiidentifikation und politisch-ideologische Grundorientierung haben einen verhältnismäßig starken Einfluß auf die PDS-Wahlabsicht.

Die Hypothese H3, die als Ursache für die Regionalisierung der politischen Landschaft auf die regional unterschiedliche personelle und inhaltliche Profilierung der Parteien abhebt, muß aus diesem Grunde für die PDS abgelehnt werden.

Weil die PDS als Milieu-Partei vor allem auf die Mobilisierung ihrer milieuartigen Kernwählerschaft angewiesen ist, ist es aufschlußreich, die regionale Ausgestaltung der sozio-politischen Koalitionsstruktur näher ins Auge zu fassen. Es zeigt sich, daß in den Bundesländern, in denen die PDS-Wähler-Struktur aufgrund des hohen Gewichts sozialstruktureller, affektiv-emotionaler und normativ-weltanschaulicher Einflußfaktoren eine dauerhafte politische Koalition darstellt, die PDS tendenziell besser abschneidet als in jenen Bundesländern, in denen die Partei-Wähler-Struktur der PDS eher fragil und unbestimmt bleibt. Die erste sozio-politische Koalitionsstruktur kann in den nördlichen Bundesländern verortet werden, in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und etwas

⁶⁵ Vgl. Patrick Moreau, Jürgen P. Lang: Aufbruch zu neuen Ufern? Zustand und Perspektiven der PDS, in: APuZg, B 6/96, S. 54-61, hier S. 59.

schwächer in Sachsen-Anhalt. Die zweite Koalitionsstruktur läßt sich regional auf Sachsen und ausgeprägter noch auf Thüringen eingrenzen. In diesen beiden Ländern ist der Bindungs-Charakter der PDS am unschärfsten. Situative kurzfristige Einflußgrößen haben hier ein stärkeres Gewicht. Die Konsequenzen auf der Makroebene drücken sich in zweierlei Hinsicht aus: erstens in einer Mobilisierungsschwäche der Kernwählerschaft, die mit 46% das Gros in der PDS-Wählerschaft ausmacht⁶⁷; zweitens in unterproportionalen PDS-Landesergebnissen, denn offensichtlich wird die Schwäche in der Kernwählerschaft nicht durch Wechselwähler, für deren Wahlentscheidung situative, kurzfristige Einstellungsmuster im allgemeinen wichtiger sind, kompensiert.⁶⁸ Offenbar ist es der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg besser gelungen ihr eigenes Milieu an die Partei zu binden als bspw. in Thüringen oder in Sachsen. In weiterführenden Untersuchungen wäre zu klären, ob dafür unterschiedliche Wahlkampfstrategien der PDS in den Ländern verantwortlich sind. Die Öffnungsstrategie bspw. der sächsischen PDS. (siehe oben), verstanden als Spagat zwischen Stammwählern und Wechselwählern, scheint nicht den erhofften Erfolg zu bringen.

Die Hypothese UH1 ist für die PDS gültig: das regional differenzierte Abschneiden der PDS ist auf die regionalspezifische Stabilität der sozio-politischen Koalitionsstrukturen zurückzuführen. Dort wo die Koalitionsstruktur einem sozio-politischen Milieu entspricht, ist die PDS erfolgreicher.

Tab.4.5:Determinaten der Wahl der PDS in den fünf neuen NBL: Gesamteffekte (standardisierte Pfadkoeffizienten)

	Ostdeutschland	M.-V.	Brbrg.	Sa.-Anh.	Thür.	Sachsen
Kandidatenorientierung	-0,26	-0,31	-0,14	-0,18	-,29	-0,26
Issue-Kompetenz						0,13
Parteiidentifikation	0,38	0,40	0,40	0,41	0,27	0,37
Bew. pol.System	0,27	0,23	0,27	0,23	0,29	0,11
Eigene wirt. Lage				0,03		0,07
Wirt. Lage d. BL	0,05	0,07	-0,02	0,02	0,05	0,12
Schulabschluß	0,06	0,10	0,08	0,07		0,03
Kirchenzugehörigkeit	-0,11	-0,11	-0,28	-0,05	-0,22	-0,10
Gewerkschaftsnähe					0,04	
Region	-0,01					
Ortsgröße		0,05	0,02		0,04	
Alter		0,04	0,06	0,00		-0,01
Geschlecht						0,02

⁶⁶ Höher Qualifizierte tendieren dazu, ihre eigene wirtschaftliche Lage eher positiv zu beurteilen, was sich wiederum negativ auf die PDS-Issuekompetenz auswirkt und auch die Präferenz für einen konservativen Kandidaten erhöht.

⁶⁷ Quelle: Gero Neugebauer/ Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996. Tabelle 29, S. 246.

⁶⁸ Diese Überlegungen korrespondieren mit den Ergebnissen von Neugebauer und Stöss, die die Mobilisierungschancen der PDS bei unterschiedlichen Wählertypen untersucht haben: „Die Wahlergebnisse beruhen also im Prinzip nicht darauf, das es ihr gelingt, zusätzliche Wählerschichten (z.B. Protestwähler) zu erobern, sondern darauf, daß sie ihre Kernbelegschaft nahezu geschlossen an die Urne bringt. [...] Es bestehen gegenwärtig keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß die PDS in nennenswertem Umfang „milieufremde“ Wählerschichten erreicht. Vgl. Neugebauer und Stöss, a.a.O., S. 251 f.

Tab.4.6 :Determinanten der Wahl der SPD in den fünf NBL: Direkte Effekte
(standardisierte Pfadkoeffizienten)

	Ostdeutschland	M.-V.	Brbrg.	Sa.-Anh.	Thür.	Sachsen
Kandidatenorientierung	-0,26	-0,31	-0,14	-0,18	-0,29	-0,26
Issue-Kompetenz						0,13
Parteiidentifikation	0,35	0,34	0,38	0,39	0,27	0,32
Bew. pol. System	0,15	0,14	0,15	0,12	0,16	
Eigene wirt. Lage						
Wirt. Lage d. BL						0,10
Schulabschluß						
Kirchenzugehörigkeit					-0,12	
Gewerkschaftsnähe						
Region						
Ortsgröße						
Alter						
Geschlecht						

5. Zusammenfassung

Die Ergebnisse der komplexen Datenanalyse lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- (1) Die Regionalisierung der CDU-Wahlergebnisse kann in erster Linie auf die regional variierende Profilierung des Führungspersonals der CDU in Ostdeutschland zurückgeführt werden. Lediglich für Brandenburg kann die strukturelle Schwäche der CDU nicht durch die Kandidatenorientierung erklärt werden. Die brandenburgische CDU zeigt sich als eine typische Bindungspartei, die durch die Beschränkung auf eine affektiv-emotional gebundene Kernwählerschaft in einem „20%-Turm“ gefangen ist.
- (2) Auch für die SPD kann im Fall von Brandenburg, Thüringen und Sachsen das regional unterschiedliche Abschneiden durch die Bewertung der SPD-Spitzenkandidaten erklärt werden. Warum die SPD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt über regionalspezifische Vorteile verfügt, konnte durch die Analyseergebnisse nicht abschließend beantwortet werden.
- (3) Anhand der Analyseergebnisse wurde die PDS als eine typische Milieupartei identifiziert. Ihre Stimmenmaximierungsstrategie muß deshalb darauf ausgelegt sein, ihre Kernwählerschaft möglichst erschöpfend zu mobilisieren. Die stärkste Wählermobilisierung gelingt der PDS dort, wo ihre Partei-Wähler-Struktur aufgrund der Koinzidenz von sozialstrukturellen Einflußgrößen (hohe Qualifikation, Kirchenferne), affektiv-emotionalen und normativ-weltanschaulichen Einflußgrößen („abgeleitete“ Parteiidentifikation und Ablehnung des politischen Systems der BRD) besonders stabil ist. In Thüringen und Sachsen ist die sozio-politische Koalitionsstruktur aufgrund des deutlich geringeren Gewichts dieser Einflußgrößen eher fragil und unbestimmt. In diesen beiden Ländern erzielte die PDS bislang ihre schlechtesten Landesergebnisse.

Für die Regionalisierung der ostdeutschen Parteien- und Wählerlandschaft kann keine parteiübergreifende Erklärung präsentiert werden. Für CDU und SPD ist es vor allem die regional unterschiedliche Profilierung des Spitzenpersonals, die für die unterschiedlichen Erfolgchancen der beiden Parteien verantwortlich gemacht werden kann. Im Fall der PDS kann das unterschiedliche

Abschneiden in den Ländern durch die regionalspezifische Stabilität der sozio-politischen Koalitionsstrukturen erklärt werden.

Literaturverzeichnis

Autorenkollektiv: Deutsche Geschichte Bd. 9, Ost-Berlin 1989

Brie, Michael: Das politische Projekt PDS - eine unmögliche Möglichkeit. Die ambivalenten Früchte eines Erfolgs, in: Brie, Michael/ Herzig, Martin/ Koch, Thomas (Hrsg.), Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 9-38.

Emmert, Thomas / Roth, Dieter: Zur Wahlsoziologischen Bedeutung eines Modells sozialstrukturell verankerter Konfliktlinien im vereinten Deutschland, in: Historical Social Research, Vol. 20, 2/1995, S. 119-160.

Emmert, Thomas: Konfliktlinien, Sozialismus und Wahlverhalten. Ein sozialstruktureller Erklärungsversuch der Volkskammerwahl am 18. März 1990 in der DDR, Magisterarbeit, Heidelberg 1991.

Falter, Jürgen W./ Schumann, Siegfried/ Winkler, Jürgen: Erklärungsmodelle von Wahlverhalten, in APuZg, B37-38/1990, S. 3-13.

Falter, Jürgen W.: Einmal mehr läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen?, PVS 18. Jg. 1977, S. 477-500.

Forschungsgruppe Wahlen: Bundestagswahlen 1994. Eine Analyse der Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994, Forschungsbericht Nr. 76, 2. Aufl., Mannheim 1994.

Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 11. Sept. 1994, Forschungsbericht Nr. 74, S. Mannheim 1994.

Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 16. Oktober 1994, Forschungsbericht Nr. 79, Mannheim 1994.

Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 11. Sept. 1994, der Forschungsberichte Nr. 73, Mannheim 1994.

Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Sachsen-Anhalt. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. Juni 1994, Forschungsbericht Nr. 72, Mannheim 1994.

Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Thüringen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 16. Oktober 1994, Forschungsbericht Nr. 78, Mannheim 1994.

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992.

Görl, Tilo: Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern, Diplomarbeit, Potsdam 1998.

Grundmann, Siegfried: Territorialplanung in der DDR, in: Becker, Annette (Hrsg.), Regionale Strukturen im Wandel, Opladen 1997, S. 105-146.

Heiduczek, Werner (Essay)/ Hopf, Gerhard / Brunner, Falk (Fotografien): Verfall einer Zeit. Beispiel Leipzig, Würzburg 1992.

Hoschka, Peter/ Schunk, Hermann: Stabilität regionaler Wählerstrukturen in der Bundesrepublik, in: PVS, 18. Jg. 1979, S. 279-300.

Jung, Matthias: Parteiensystem und Wahlen in der DDR. Eine Analyse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 und der Kommunalwahl vom 6. Mai 1990, in: APuZg, B27/90, S. 3-15.

Klein, Markus / Caballero, Claudio: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994, in: PVS, 37. Jg. (1996), Heft 2, S. 229-247.

Kreikenbom, Henry: Nachwirkungen der SED-Ära. Die PDS als Katalysator der Partei- und Wählerpräferenz in den neuen Bundesländern, in: ZParl, 1/98, S. 24-46.

Moreau, Patrick/ Lang, Jürgen P.: Aufbruch zu neuen Ufern? Zustand und Perspektiven der PDS, in: APuZg, B 6/96, S. 54-61.

Neugebauer, Gero / Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996.

Opp, K.D./ Schmidt, P.: Einführung in die Mehrvariablenanalyse, Reinbek 1976.

Rattinger, Hans: Parteineigung, Sachfragen- und Kandidatenorientierung in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1992, in: Rattinger, Hans/ Gabriel, Oscar W./ Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt a. M. 1994, S.267-315.

Roth, Dieter: Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Versuch einer Erklärung, in: PVS 31. Jg. (1990), S. 369-393.

Roth, Dieter: Wahlverhalten in den ostdeutschen Bundesländern. Eine Replik auf Thomas von Winters Erklärungsmodelle in Heft 2/96, in: ZParl 3/1996, S. 519 f.

Schmidt, Ute: Sieben Jahre nach der Einheit. Die ostdeutsche Parteienlandschaft im Vorfeld der Bundestagswahlen 1998, in: APuZg, B 1-2/98, S. 37-53.

Schmitt, Karl: Die Landtagswahlen 1994 im Osten Deutschlands. Früchte des Föderalismus: Personalisierung und Regionalisierung, in: ZParl, 2/95, S. 261-295.

Schmitt, Karl: Im Osten nichts Neues? Das Kernland der deutschen Arbeiterbewegung und die Zukunft der deutschen Linken, in: Bürklin, Wilhelm/ Roth, Dieter (Hrsg.), Das Superwahljahr: Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln 1994, S. 185-218.

Schmitt, Karl: Parteien und regionale politische Traditionen. Eine Einführung, in: Oberndörfer, Dieter/ Schmitt, Karl (Hrsg.), Parteien und regionale politische Traditionen in der BRD, Berlin 1991

Schmitt, Karl: Sozialstruktur und Wählerverhalten, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 425-448.

Schultze, Rainer-Olaf: Widersprüchliches, Ungleichzeitiges und kein Ende in Sicht: Die Bundestagswahl vom 16. Okt. 1994, in: ZParl 2/95, S. 325-352.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): DDR 1990. Zahlen und Fakten, Wiesbaden 1990

Weßels, Bernhard: Gruppenbindungen und rationales Handeln als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. WZB FS III 93-208, Berlin 1993.

Winter, Thomas v.: Wählerverhalten in den östlichen Bundesländern: Wahlsoziologische Erklärungsmodelle auf dem Prüfstand, in ZParl, 2/1996, S. 298-316.

